

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2025



Zeitzeugengespräch zu „Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht im Objektiv“

Änderungen beim SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (SED-UnBerG)

Stasi-Wachmann schoss 1984 in Güstrow auf drei Männer

Neue Dokumente zur Auflösung der Stasi online

Inhalt

Aktuell

- 3 Der Umgang mit Behinderung nach 1945. Die DDR und Westdeutschland in internationaler Perspektive
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Stiftung Sächsische Gedenkstätten
- 4 Jahresausblick 2025 der Bundesstiftung Aufarbeitung
Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv –
Außenstellen Leipzig – Rostock
Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Neue Dokumente zur Auflösung der Stasi online
22. Ost-West-Europäisches Gedenkstattentreffen

Aufarbeitung

- 6 Projektförderung der Bundesstiftung Aufarbeitung 2025
- 7 Das Stigma als Damoklesschwert
- 8 Info-Aktion für ehemalige DDR-Heimkinder
Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen
- 9 Entschädigungsleistungen nicht als Einkommen
auf Sozialleistungen anrechenbar
Leben in der DDR. Skizzen des Alltags

Berichte

- 10 Zeitzeugengespräch zu „Streiks, Solidarność
und das Kriegsrecht im Objektiv“
DDR im Fokus – Erinnerungsarbeit in Stadtgesellschaften
- 11 Ich bin mir selber fremd geworden...
- 13 Erster Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes
in Nordrhein-Westfalen
- 14 Änderungen beim SED-Unrechtsbereinigungsgesetz
(SED-UnBerG)
- 15 COLD CASE – vor Aufklärung?

Geschichte

- 16 Stasi-Wachmann schoss 1984 in Güstrow auf drei Männer

Verbände

- 16 75 Jahre Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)
- 17 Nachruf auf Dorothea Herrlein-Ramdohr
Nachruf auf Alexander Wieland
Nachruf auf Dietrich Schopen
- 18 Nachruf auf Victoria Heydecke

Service/Bücher

- 19 Die Frauen von Hoheneck – Fotografien
Die Leidtragenden des Ost-West-Deals
- 20 Neue Ausgaben der Zeitschrift Gerbergasse 18
„Zeitlose Jahre“
Workuta, die weiße Hölle
- 21 „Der sterbliche Gott“
Spendenauftrag UOKG
- 22 Verschleppt – verbannt – verschwunden!
- 23 Wir dulden noch viel zu viel...
ZEITZEUGEN GESUCHT!

Umschlagbild

„come together – Diktaturen überwinden“ East-Side-Gallery in Friedrichshain.

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Mitstreitende,

das neue Jahr hat für die Opfer von SED und Kommunismus hoffnungsvoll begonnen. Der Deutsche Bundestag hat in einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU wesentliche Verbesserungen für die Opfer von SED und Kommunismus beschlossen. Ich gehe soweit zu behaupten, dass diese Veränderungen und Verbesserungen „historisch“ sind. Endlich haben es die Fraktionen geschafft, die bisherigen rechtlichen Regelungen auf Praxistauglichkeit zu überprüfen, und, sie haben daraus die Konsequenzen gezogen. Danke für dieses Zeichen von parteiübergreifendem Engagement für die Opfer der SED-Diktatur! In dieser Ausgabe wird die Opferbeauftragte Evelyn Zupke die Regelungen genauer erläutern.

Der Tätigkeitsbereich der UOKG und seiner Verbände wird immer größer. Dies ist Fluch und Segen zugleich. Segen, weil diese Aufgaben erledigt werden müssen und Fluch, weil diese Aufgaben Zeit und auch Geld kosten. So hat sich die UOKG eingeschaltet in die Auseinandersetzung um die ehemalige Stasi-U-Haftanstalt in Neubrandenburg. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hatte diese – nach DDR Standards modernste U-Haftanstalt der Stasi – zum Verkauf ausgeschrieben, obwohl sich vor Ort mehrere Gruppen für den Erhalt als Gedenk- und Bildungsstätte eingesetzt haben. Als UOKG haben wir das zuvor eingeleitete Verkaufsverfahren stoppen können, indem wir ein Mindestkaufangebot von 20.000 € abgegeben haben. Nun ist das Verkaufsverfahren gestoppt und das Land sowie die Stadt sind derzeit dabei, eine andere Perspektive in einem geordneten Verfahren mit Betroffenen und Beteiligten zu entwickeln. Natürlich wollen wir die U-Haft nicht erwerben, aber wir wollten den Prozess stoppen, um eine sachgerechte Zukunftsperspektive mit zu entwickeln. Besonderer Dank gilt der VOS und dem Verein Lindenberg e.V., die sich seit Jahren um den Erhalt der U-Haftanstalt bemühen.

Unsere Aufgabe als UOKG besteht nicht nur darin, uns um die Aufarbeitung und um das Leben der Geschädigten von SED und Kommunismus zu kümmern. Unsere Aufgabe besteht auch darin, uns um die Menschen zu kümmern, die von den Sowjets nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu Tode gebracht wurden. So haben



Foto: Dombrowski

wir uns zusammen mit Sybille Krägel aus Hamburg um über 3.000 verscharrte Tote, deutsche Zivilisten in Tost (Polen) gekümmert. Nunmehr hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. die Genehmigung erhalten, in diesem Jahr Sondierungen für Grabungen vorzunehmen. Wir werden natürlich wieder dabei sein und mithelfen, diesen Menschen ihre Würde wiederzugeben. Der Volksbund finanziert die Grabungen.

Diese Aufgabe ist kostenintensiv, auch wenn der Volksbund sie selbst finanziert. Wenn wir mit einem Team vor Ort sind um mitzuwirken, bedarf auch dies materieller Aufwendungen, die wir aus den Zuwendungen vom Bund und des Landes Berlin nicht decken können. Bitte überlegen Sie, ob sie hier unterstützen können. Es ist für uns jedenfalls nicht hinnehmbar, dass unschuldige Menschen vergessen irgendwo unter Beton und Kohlen ihre letzte Ruhe finden mussten. Das ist unwürdig! Wir werden im Frühjahr auch das „Totenbuch“ Tost überarbeitet und in deutscher Sprache herausgeben. Wir arbeiten hier eng mit polnischen Institutionen zusammen und wir werden auch darauf bestehen, strafrechtliche Ermittlungen anzustellen.

Ich danke allen Lesern und Unterstützern für Ihr Engagement sowie für Ihre Spenden. Zudem wünsche ich Ihnen für 2025 alles Gute und vor allem Gesundheit.

Blieben Sie aufrecht!

Ihr Dieter Dombrowski

Tagung „Der Umgang mit Behinderung nach 1945. Die DDR und Westdeutschland in internationaler Perspektive“

Wann: 22.-23. Mai 2025

Wer: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Stiftung Ettersberg.

Wie lebten Menschen mit Behinderungen in den beiden deutschen Staaten nach 1945? Welche Konzepte von Behinderung gab es während des Kalten Krieges in Ost und West? Wo steht die Forschung dazu? Wir wollen den Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche wie Bildung und Arbeit, Religion und Gesellschaft, Kunst und Kultur sowie gebaute Umwelt und Barrieren lenken, die als

Vergleichsfolie zwischen verschiedenen Ländern und politischen Systemen dienen können. Zugleich fragen wir, wie die Erkenntnisse aus der Wissenschaft in die Bildungsarbeit von Museen, Gedenkstätten und Lernorten einfließen können.

Den ausführlichen Call for Papers und weitere Informationen finden Sie auf unserer Website. Sie finden ihn ebenfalls auf H-Soz-Kult veröffentlicht: <http://www.hsozkult.de/event/id/event-150445>.

Unsere aktuelle Ausstellung „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit kom-

pakt“: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/friedliche-revolution-deutsche-einheit-kompakt>

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin

Fon: +49 (30) 31 98 95-0

Fax: +49 (30) 31 98 95-210

E-Mail:

buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

[facebook.com/](https://www.facebook.com/)

BundesstiftungAufarbeitung 

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 04. Februar 2025,
18.00 Uhr**

Angela Schmole, die Historikerin und langjährige Mitarbeiterin der BStU / Bundesarchiv stellt ihre Forschungsergebnisse vor: MITTÄTERINNEN – Frauen und Staatssicherheit. Die Studie von Angela Schmole behandelt die Tätigkeit von Frauen im DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Analysiert werden ihre Mittäterschaft als hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiterinnen im Kontext der MfS-Institutionsgeschichte.

**Dienstag, 18. Februar 2025,
18.00 Uhr**

Dr. Jutta Braun, die Historikerin vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam hält ihren Vortrag: 'SPORTVERRÄTER' – DDR-Athleten auf der Flucht. Mehr als 600 Spitzensportler, Trainer und Ärzte flohen zwischen 1949 und 1989 aus der DDR. Manche Athleten nutzten ihren Sport für die Flucht.

**Dienstag, 04. März 2025,
18.00 Uhr**

Sandra Czech, die Historikerin und kompetente Mitarbeiterin der UOKG informiert über die Studie zum Thema: Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR – Lieferketten des Innerdeutschen Handels. In den Gefängnissen, Strafarbeitslagern und Heimen des Arbeiter- und Bauernstaates mussten Menschen für die Planwirtschaft Zwangsarbeit leisten. Unter meist miserablen, oft gesundheitsge-

fährdenden Arbeitsbedingungen, mit verschlissenen Maschinen und unter Androhung von Strafen stellten sie zumeist noch im Akkord Waren her, die häufig ihren Weg in bundesdeutsche Kauf- und Versandhäuser fanden.

**Dienstag, 18. März 2025,
18.00 Uhr**

Dr. Franziska Thun-Hohenstein, die Literaturwissenschaftlerin und Herausgeberin der Warlam Schalamow-Edition stellt ihr Buch vor: DAS LEBEN SCHREIBEN – Warlam Schalamow: Biographie und Poetik. Der russische Dichter und Schriftsteller Warlam Schalamow hegte keine Zweifel daran, ein eigenständiges Wort in der Literatur gesprochen zu haben. Die er-

sehnte Anerkennung blieb ihm jedoch zeitlebens versagt.

Öffnungszeiten:

Montag–Donnerstag, 10.00-18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank

DE38 1007 0848 0624 1822 00

BIC: DEUTDE33110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Nikolaikirchplatz 5–7

10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)

Tel.: 030 – 283 43 27

www.Gedenkbibliothek.de 

Stiftung Sächsische Gedenkstätten

24.01.2025: Eröffnung der Wanderausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“

11.02.2025: Ausstellungseröffnung: „Die Straße ist mein Atelier. Fotografien von Mahmoud Dabdoub“

29.03.2025: Buchvorstellung im Rahmen der Leipziger Buchmesse: „Ein Ort für ‚Menschen mit neuem Bewusstsein‘ – Lebenswelten hauptamtlicher Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Dresden des MfS 1950 bis 1989“

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1, 01069 Dresden

Internet: www.stsg.de

Instagram: [instagram.com/gedenkstaetten_sachsen](https://www.instagram.com/gedenkstaetten_sachsen)

YouTube: [youtube.com/@gedenkstaetten_sachsen](https://www.youtube.com/@gedenkstaetten_sachsen)

X: [x.com/gedenkstaetten](https://www.x.com/gedenkstaetten)

Facebook: [facebook.com/StiftungGedenkstaettenSachsen](https://www.facebook.com/StiftungGedenkstaettenSachsen)

Jahresausblick 2025 der Bundesstiftung Aufarbeitung

2025 jähren sich bedeutende Meilensteine der europäischen und deutschen Geschichte: 80 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus, 35 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands, 40 Jahre Amtsantritt Gorbatschows – dessen Politik ungewollt die Überwindung der kommunistischen Diktaturen beförderte – sowie 50 Jahre Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte, mit der die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu einem verbindlichen Maßstab der politischen Ordnungen proklamiert wurden.

Besonders hervorheben möchten wir einen bislang wenig beachteten Jahrestag: Vor 50 Jahren erklärte die UNO 1975 zum Internationalen Jahr der Frau. Aus diesem Anlass stellt die Bundesstiftung rechtzeitig zum Internationalen Frauentag am 08. März 2025 die neue Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“ zur Verfügung. Die als 20-teilige Poster-Schau konzipierte Ausstellung kann im DIN-A1-Format bestellt oder in weiteren Formaten und Sprachen produziert werden.

Mit Blick auf 80 Jahre Kriegsende lenkt die Ausstellung „... denen mitzuwirken versagt war. Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ den Blick auf jene Frauen und Männer, die sich für demokratische Werte einsetzten und dafür schwere Repressionen bis hin zu langjährigen Haftstrafen oder gar den Verlust ihres Lebens hinnehmen mussten. Wer vor Ort zur Diskussion über die Geschichte der Wiedervereinigung einladen möchte, dem sei auch die Ausstellung „Friedliche Revolution und deutsche Einheit kompakt“ empfohlen, die mit sechs Tafeln auch in kleineren Räumlichkeiten präsentiert werden kann.

Zu allen genannten Ausstellungen stehen auf der Website der Bundesstiftung kostenfreie didaktische Materialien zum

Download bereit, die nicht nur im schulischen Unterricht, sondern auch im außerschulischen Bereich eingesetzt werden können. Darüber hinaus vermittelt das Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung rund 350 Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die insbesondere zur Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit befragt werden können. Darunter befindet sich ein 95-jähriger Zeitzeuge, der als einer der wenigen noch lebenden Zeitgenossen authentische Erinnerungen an das Kriegsende teilen kann.

Im ersten Halbjahr 2025 rücken 80 Jahre Kriegsende durch zahlreiche Veranstaltungen und Projekte in den Fokus. Gemeinsam mit dem Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit, dem Museum Berlin-Karlshorst, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas sowie dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr wird Anfang April eine internationale Konferenz zur europäischen Erinnerungskultur des 08. Mai 1945 ausgerichtet. Bereits im Februar widmet sich eine Fachtagung den Enteignungen nach 1945, und weitere Veranstaltungen beleuchten die Geschichte der sowjetischen Speziallager, die 1945 in der SBZ eingerichtet und 1950 aufgelöst wurden.

Zur Erinnerung an die 50 Jahre zurückliegende Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte findet im Juni 2025 eine internationale Konferenz in Helsinki statt, um an die historische Bedeutung dieses Dokuments für Europas Entspannungspolitik zu erinnern. Die Vortragsreihe „Zurück in die Zukunft“, die in diesem Jahr fortgesetzt wird, und eine eigenständige Konferenz zum Thema Deutsche Einheit sind zwei Beispiele für Veranstaltungen, die dem 35. Jahrestag der Deutschen Einheit gewidmet sind. Beide Formate sowie weitere Veranstaltungen, mit und ohne direkten Bezug zu diesem Jubiläum, setzen Impulse für eine breite öffentliche Debatte. Interessierte müssen dabei nicht vor Ort sein: Nahezu alle Veranstaltungen werden als Livestream übertragen und anschließend als Video- oder Audiodokumentation zur Verfügung gestellt.

Auf der Veranstaltungsseite der Bundesstiftung lassen sich nicht nur sämtliche Angebote im Voraus einsehen, sondern auch eigene Termine eintragen und damit bundesweit bekannt machen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, dort insbesondere

Ihre Veranstaltungen zu 35 Jahren Deutsche Einheit zu verzeichnen.

Kennen Sie die zahlreichen Dossiers und Materialsammlungen auf unserer Website sowie unser stetig wachsendes Angebot an Video- und Audioproduktionen? Neben unseren Veranstaltungsmitchnitten wären hier beispielhaft die Reihe „Backstage DDR“, ein Videopodcast zur Treuhand oder die Reihe „Was war der Kommunismus? Wir fragen Jörg Baberowski“ zu nennen, die wir zu Beginn dieses Erinnerungsjahres Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Diese Materialien liefern Ideen für eigene Veranstaltungen, bieten historische Analysen für verschiedenste Zielgruppen und vermitteln Hintergrundwissen, etwa zu Gorbatschows Reformpolitik.

2025 fördert die Bundesstiftung Aufarbeitung deutschlandweit über 150 Projekte. Hinzu kommen Vorhaben des Programms „Jugend erinnert“, deren Förderung bis zum 16. Dezember 2024 beantragt werden konnte und die eine junge Perspektive auf unsere im doppelten Wortsinn geteilte Geschichte werfen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist das Stipendienprogramm, in dessen Rahmen seit 2001 über 100 Promotionsprojekte realisiert wurden. Die Autorinnen und Autoren dieser Arbeiten stehen in der Regel als Referentinnen und Referenten oder als Interviewpartner zur Verfügung. Und wir freuen uns sehr, dass Jugendliche ab September 2025 wieder auf Spurensuche gehen und sich mit der Umbruchszeit nach 1989/90 beschäftigen können. Unser Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“, den wir gemeinsam mit dem Ostbeauftragten ausrichten, geht in seine nunmehr 4. Runde. Sie interessieren sich für eine Projektförderung im Jahr 2026? Dann können Sie sich hier über unsere Antragsbedingungen und die damit verbundenen Fristen informieren.

Um über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden zu bleiben, können Sie auch unsere Präsenz in den sozialen Netzwerken verfolgen: Besuchen Sie uns auf Facebook, X (ehemals Twitter), LinkedIn, Instagram und YouTube. Darüber hinaus bietet unser regelmäßiger Newsletter aktuelle Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen und Fördermöglichkeiten. Wenn Sie in unseren Verteiler aufgenommen werden möchten, nehmen wir Ihre Daten gerne entgegen.

Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig

Das Museum im Stasi-Bunker bei Machern bietet jedes letzte Wochenende im Monat von 13.00-16.00 Uhr Rundgänge durch die unterirdische Anlage an. Die Besichtigung des Außengeländes und der Sonderausstellung sind kostenlos. Gruppen können jederzeit einen extra Termin vereinbaren. Kontakt und weitere Informationen finden Sie unter: www.runde-ecke-leipzig.de

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Außenstelle Leipzig

Wechselausstellungen

16. Januar bis 30.06.2025

Titel: „... denen mitzuwirken versagt war.“
Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit
Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

07. Januar bis 30.04.2025

Titel: Die Stasi. Modulare Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen

Dauerausstellung

Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR. Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen: Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Telefon: 0341 - 2247-3211
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig

Außenstelle Rostock

Bürgerberatung

Dienstag, 04. Februar 2025, 13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 04. März 2025, 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen
Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Öffentliche Führung

Mittwoch, 05. März 2025, 15.00 Uhr

Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck-Dummerstorf

Öffentliche Führung

Mittwoch, 12. März 2025, 15.00 Uhr

Rostock geheim!
Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Volker Höffer/Dr. Michael Heinz
(Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Start: vor der „Galerie Rostocker Hof“
Kröpeliner Straße 26, 18055 Rostock

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im Februar 2025 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00–17.00 Uhr statt. Beratungstermin für die Hansestadt und den Altmarkkreis Salzwedel in der Hansestadt Salzwedel am 06.02.2025 von 10.00–16.00 Uhr. Beratungstermin für das Jerichower Land findet am 05.02.2025 von 10.00–16.00 Uhr statt.

Anmeldungen Telefon 03 91/560-1505 oder
E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich.

Neue Dokumente zur Auflösung der Stasi online

Neue Dokumente zur Auflösung der Stasi vor 35 Jahren werden in einem online Auftritt des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. und des Vereins für Zeitgeschichte Erfurt e.V. erstmals nach Regionen sortiert ins Internet gestellt. Die Dokumente, bisher weitgehend unbekannt, werfen ein neues Licht auf die Entwicklung nach dem 04. Dezember 1989.

Bisher erschienen die Auseinandersetzungen als solche, die vor allem vor Ort, zwischen Bürgern, Polizei und Stasi ausgetragen wurden. Die jetzigen Dokumente zeigen, dass die Kompromissbereitschaft der Ostberliner Regierung eine wesentliche Voraussetzung für die Erfolge vor Ort waren. Dies zeigt die Korrespondenz der Regierungsbeauftragten in den Bezirks-

städten mit dem Büro von Ministerpräsident Modrow auf. Danach stimmten sich die Regionalvertreter eng mit der Ostberliner Regierung ab. Während Modrow zunächst darauf orientierte, die Arbeitsfähigkeit seines Geheimdienstes wiederherzustellen, versuchte er dann den Konsens mit den Bürgerkomitees für eine reformierte Stasi zu erlangen. Weniger



22. Ost-West-Europäisches Gedenkstattentreffen

Das 22. Ost- West-Europäische Gedenkstattentreffen wird vom 19.–22. März 2025 in Kreisau/Krzyzowa stattfinden. In diesem Jahr beschäftigen wir uns mit dem Thema: „Erinnerung im Fokus: Bilder, Macht und Deutungskämpfe in Europa zwischen 1945, 1990 und 2025“.

Informationen zum Programm: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/22-gedenkstaettentreffen-kreisau>

Registrierung: https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSdnpXIZz_Uk9wKvH6bF--5Ze02tQW02e1uQ-Waop6higFCZ2A/viewform

Bis zum 20. Februar 2025 erhalten Sie eine Zusage über die mögliche Teilnahme.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Kronenstraße 5 | 10117 Berlin

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de | facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung

die Konflikte vor Ort sondern die Destabilisierung der DDR durch Massendemonstrationen und Streikdrohungen, vor allem im Süden der DDR, zwangen ihn, auch diese Pläne aufzugeben. Die Vermeidung gewaltsamer Zusammenstöße waren ihm letztlich wichtiger als die Verteidigung des DDR-Geheimdienstes.

Die Dokumentensammlung wurde erarbeitet von Daniel Bonenkamp, Michael Kubacki unter Leitung von Christan Booß. Wir danken dem Bundesarchiv für die Bereitstellung von Digitalisaten. Wir danken dem Bundesarchiv für die Bereitstellung von Digitalisaten und den Landesbeauftragten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für die Förderung.

Internet: <https://stasibesetzung.de/dokumente/regierungsberichte>

Stasi wollte im Dezember 1989 die Waffen nicht abgeben – neuer Aktenfund

Neu im Online Aufarbeitungsforum
H-und-G.info, Dez/2024

Die Stasi-Mitarbeiter in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) weigerten sich im Dezember 1989 ihre Waffen an die Regierung Mo-

drow abzugeben. Mehr noch, es wurden Stimmen laut, dass Mitarbeiter der Staatssicherheit nach Berlin ziehen. Dies geht aus Dokumenten hervor, die der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. erstmals online ediert hat. In dem Bericht des Regierungsbeauftragten aus Karl-Marx-Stadt heißt es u.a.: Ein Sprecherrat forderte „Wir legen die Waffen nicht ab, Wir können uns landesweit organisieren, wir lassen uns nicht verheizen.“ Hintergrund der aufgeheizten Stimmung waren nicht nur die Angriffe der Bevölkerung der DDR auf Stasi-Dienststellen ab dem 04. Dezember 1989. Zunehmend wurden auch an Arbeitsplätzen und in Wohnsiedlungen Angehörige von MfS-Mitarbeitern teilweise aggressiv angegangen. Eine Zeit später wurde bekannt, dass mehrere Kreisdienststellen, voran die in Gera per Telex Appelle mit dem Titel „Heute wir-morgen Ihr.“ an Ihre Kollegen verschickt hatten, die man als Putschaufruf verstehen konnte. Dass es letztlich dazu nicht kam lag auch daran, dass nur ein Teil der Stasileute zu den repressiven Methoden zurückkehren wollten, während andere durchaus sahen, dass es so nicht weitergehen konnte. In Karl Marx-Stadt fiel einem Stasiverantwortlichen aus

Berlin nichts mehr ein, als den bedrängten Ehefrauen zu raten, Schutz in der Kirche zu suchen.

Meldung des Genossen Rudhard Riedel aus Karl-Marx-Stadt, 08.12.1989, 13.10 Uhr, Reg. Nr.: 11948/126

Es wird gefordert:

- öffentlicher Rechtsschutz (haben immer sauber gearbeitet)
- wir legen die Waffen nicht ab
- wir können uns landesweit organisieren, wenn man uns nicht hilft
- wir stellen uns dem Erneuerungsprozeß mit aller Konsequenz, aber wir lassen uns nicht verheizen

„Dezemberstürme. Oder: Hummeln am Hintern der Macht“

Film zur Stasi-Besetzung in Frankfurt/Oder. Jetzt online.

Produktion: Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

E-Mail: bueko_1501_berlin@web.de
Idee, Realisation und Gesamtleitung
Dr. Christian Booß

Videolink:

<https://youtu.be/EDDw0Vylv8E>



Projektförderung der Bundesstiftung Aufarbeitung 2025

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert 2025 bundesweit 151 Projekte zur Geschichte der DDR und den Folgen der Teilung mit 3,9 Millionen Euro. Die Bandbreite der bewilligten Vorhaben spiegelt die Vielfalt der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und ihren Folgen wider. Es geht um Proteste, Transformationen, Erinnerungen und Spuren der Vergangenheit, die bis in die Gegenwart reichen. Zum Beispiel: eine interaktive Ausstellung über den Alltag sowjetischer Häftlinge in Potsdam, ein Filmfestival zum 35. Jubiläum der Deutschen Einheit in Berlin oder ein Theaterstück über die Schicksale verschleppter Frauen aus Ostdeutschland in Halle.

Die regionale Verteilung zeigt deutliche Schwerpunkte in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo eine Vielzahl an Projekten gefördert wird. Zu einem Dreh- und Angelpunkt der Aufarbeitung wird Leipzig: Hier entsteht unter anderem ein Audiowalk, der die 60 Jahre alte Beat-Demonstration in der Stadt zum Leben erweckt, und eine Ausstellung zu den Spuren der Umweltbewegung in der

DDR. Doch auch westdeutsche Initiativen wie eine Tagung in Mainz zur Schlussakte von Helsinki, ein Serious Game in Hamburg über jugendlichen Widerstand in der DDR oder eine Veranstaltung in Bochum zu den Auswirkungen der Deutschen Einheit auf europäische Perspektiven finden ebenso ihren Platz, wie ein im niedersächsischen Syke angesiedeltes Multimediaprojekt zur Aufarbeitung der sowjetischen Lagergeschichte.

Von kleinen Vorhaben mit wenigen tausend Euro bis hin zu großangelegten Produktionen mit Summen über 100.000 Euro ist alles vertreten. Gefördert werden u.a. Theaterproduktionen, Dokumentarfilme, Ausstellungen und Multimediaprojekte, die Veröffentlichung von Büchern, Konferenzen und Veranstaltungen, die Archivierung von Schriftgut und Fotos, aber auch die Dokumentation von Zeitzeugenerinnerungen. Mit Blick auf die anstehenden Neuwahlen und die vorläufige Haushaltsführung des Bundes verspricht die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky: „Wir werden uns nach Kräften dafür einsetzen, dass die

geförderten Projekte ohne Verzögerung starten können. Im 35. Jahr der Deutschen Einheit leisten die zur Förderung beschlossenen Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur historischen Selbstvergewisserung über Diktatur und Demokratie.“

Förderprojekte

„Die innerdeutsche Grenze“

Zwischen 2022 und 2024 konnte die Bundesstiftung Aufarbeitung dank einer Spende in Höhe von 150.000 € insgesamt 29 Vorhaben zur innerdeutschen Grenze und den Folgen der Teilung fördern. Am 21. November 2024 fand die Abschlusstagung zur bisherigen dreijährigen Förderphase statt. Im Rahmen der Tagung „Die innerdeutsche Grenze, die deutsche Teilung und ihre Erinnerung im Grünen Band“ wurde eine Bilanz der Förderprojekte gezogen sowie die Wahrnehmung und Überwindung der deutschen Teilung im ländlichen Raum beleuchtet. Dank einer Spende der Erbgemeinschaft Heimpel konnten von 2022 bis 2024 insgesamt 29 Projekte entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze realisiert werden:

Die Veranstaltung steht als Video zur Verfügung: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/erinnerung-im-gruenen-band>

Direktorin Dr. Anna Kaminsky hebt die Bedeutung des Förderprogramms hervor: „Die große Stärke des Förderprogramms liegt darin, dass wir vor allem Projekte in ländlichen Regionen fördern konnten. Damit unterstützen


wir das Engagement vieler ehrenamtlich arbeitender Vereine in den Regionen. So rücken auch jene Vorhaben stärker in den Fokus, deren Perspektive oft hinter den Bildern von Menschen auf der Berliner Mauer in den Hintergrund gerät.“ Der Förderschwerpunkt wird wegen des großen Erfolgs auch künftig fortgeführt.

Weitere Informationen zum Förderprogramm „Die Geschichte der deut-

schen Teilung und deren Folgen entlang der innerdeutschen Grenze“ finden Sie hier:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/foerderprogramm-grenzlandmuseen>

Die Liste der von der Bundesstiftung Aufarbeitung 2025 geförderten Projekte finden Sie hier:

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/projektfoerderung2025 

Das Stigma als Damoklesschwert

Unrechtserfahrungen in der DDR und ihre langanhaltenden Folgen

In der Zeit der DDR kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Inhaftierungen, psychische Folter und nicht-strafrechtliche Repressionen wie Überwachung und Diskriminierung (Weißflog et al., 2010). Diese Maßnahmen zielten darauf ab, Personen, die von der sozialistischen Norm abwichen, einzuschüchtern und ihre Persönlichkeit zu zersetzen. Die Auswirkungen trafen häufig auch das soziale Umfeld der Betroffenen, z.B. durch verschiedene Benachteiligungen (Behnke & Fuchs, 1995). Die Folgen dieser Repressionen sind für die Betroffenen auf körperlicher und psychischer Ebene teilweise heute noch spürbar (Weißflog & Brähler, 2015). Eine zentrale Rolle spielte dabei die Stigmatisierung – das „Brandmarken“ dieser Menschen als „anders“, was Vorurteile verstärkte und zu Diskriminierung und gesellschaftlichem Statusverlust führen konnte (Lindenberger, 2005).

Formen der Stigmatisierung: Öffentliches, strukturelles und Selbststigma und ihre Auswirkungen

Stigmatisierung entsteht, wenn Unterschiede zwischen Menschen wahrgenommen und mit negativen Vorurteilen verknüpft werden. Diese Vorurteile können Emotionen wie Angst oder Hass auslösen, soziale Ausgrenzung fördern und Ungleichheiten verstärken (Link & Phelan, 2001). Dies kann für die Betroffenen zu einer erheblichen Belastung führen, die sich negativ auf Stimmung, Gesundheit und Lebensqualität auswirkt. Grundsätzlich wird zwischen drei Hauptformen der Stigmatisierung unterschieden, die sich gegenseitig beeinflussen (Thornicroft et al., 2022). Mit Öffentliche Stigmatisierung sind Verhaltensweisen von Personen oder einer Gruppe gemeint, die andere

Menschen aufgrund eines Merkmals ablehnen oder diskriminieren. Öffentliche Stigmatisierung wird genutzt, um gesellschaftliche Normen zu bewahren, indem Personen ausgegrenzt werden, die davon abweichen (Link & Phelan, 2014). Strukturelle Stigmatisierung entsteht durch gesellschaftliche Strukturen, Gesetze und bürokratische Prozesse (bspw. in Behörden oder Institutionen der Gesundheitsversorgung), die Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften oft unbeabsichtigt benachteiligen (Link & Phelan, 2001). Selbststigmatisierung ist ein Prozess, bei dem Betroffene gesellschaftliche Vorurteile übernehmen und auf sich selbst anwenden (Corrigan & Rao, 2012). Dies führt in vielen Fällen zu Scham, einem geringeren Selbstwert und dem Gefühl von Hilflosigkeit. Die Betroffenen verleugnen oft ihre Herkunft und schweigen über das Erlebte, um weitere Nachteile zu vermeiden.

Systematische Diskriminierung in der DDR: Schuldzuweisung, strukturelle Hürden und die Folgen für Betroffene

Menschen, die Stigmatisierungen erfahren, vermeiden oft Hilfe oder verbergen ihre Situation aus Angst vor weiteren Benachteiligungen (Thornicroft et al., 2022). In der DDR wurden Personen, die nicht dem staatlichen Ideal entsprachen, systematisch diskriminiert, etwa durch Arbeitsplatzzuweisung, Reiseverbote, Bestimmung des Aufenthaltsortes oder Kindesentzug (Lenskij, 2018). Das SED-Regime übte starken Anpassungsdruck auf die Bevölkerung aus und machte Systemabweichler z.B. durch den Asozialen-Paragrafen für ihr Schicksal selbst verantwortlich. Auch heute kämpfen Betroffene von SED-Unrechtserfahrungen mit strukturellen Nachteilen, etwa in der Gesundheitsversorgung, dem Rehabilitationsverfahren oder der Begutachtung. Die komplexen Anforderungen an

Nachweise für erlittenes Unrecht sowie bürokratische Hürden belasten Betroffene zusätzlich. Dazu zählen fehlende oder aus heutiger Sicht kritisch zu bewertenden Informationen in DDR-Akten sowie die mangelnde Anerkennung psychischer Langzeitschäden aufgrund des erlittenen Unrechts. Viele haben die erfahrene Diskriminierung so tief verinnerlicht, dass es ihnen bis heute schwerfällt, offen über ihre Erlebnisse zu sprechen. Dies erschwert nicht nur die Anerkennung des erlittenen Unrechts, sondern beeinflusst auch den Zugang zu Unterstützung, Genesung und Rehabilitation.

(Mehrfach-)Stigmatisierung: Wahrnehmung von Unterschieden, soziale Ausgrenzung und ihre Folgen

Von mehrfacher Stigmatisierung spricht man, wenn eine Person aufgrund von mehreren Merkmalen gleichzeitig stigmatisiert wird (Al-Faham et al., 2019). Dies betrifft beispielsweise einen Mann, der als Ostdeutscher, politisch Verfolgter und aufgrund psychischer Erkrankungen stigmatisiert wird. Die Kombination dieser Identitäten verstärkt die negativen Auswirkungen. Betroffene fühlen sich oft sozial ausgegrenzt und haben Schwierigkeiten, Hilfe zu suchen. Finanzielle Benachteiligungen wie Erwerbsunfähigkeit oder der Bezug von Sozialhilfe können das Stigma weiter verschärfen.

Abschließende Gedanken

Auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt die Stigmatisierung von Betroffenen des SED-Unrechts ein relevantes Thema, das in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftlich untersucht wird. Durch die Wiedervereinigung kamen Vorurteile und Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschen hinzu (Faus & Stork, 2019). Unsichtbare Folgen wie soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Nachteile belasten die Betroffenen weiterhin. Um dieser Stigmatisierung entgegenzuwirken, werden Maßnahmen




empfohlen, die z.B. auf Aufklärung, insb. die Weiterbildung relevanter Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Therapeuten, Pfleger) oder persönlichen Kontakt mit Betroffenen setzen (Rüsch, 2021).

Literatur

- Al-Faham, H., Davis, A. M., & Ernst, R. (2019). Intersectionality: From Theory to Practice. *Annual Review of Law and Social Science*, 15(1), 247–265.
- Behnke, K., & Fuchs, J. (1995). Zersetzung der Seele. *Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Staatssicherheit*. Rotbuch.
- Corrigan, P. W., & Rao, D. (2012). On the Self-Stigma of Mental Illness: Stages, Disclosure, and Strategies for Change. *The Canadian Journal of Psychiatry*, 57(8), 464–469.
- Faus, R., & Stork, S. (2019). Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration.
- Lenski, K. (2018). Asozialität in der DDR, Re-Konstruktion und Nachwirkung eines Ausgrenzungsbegriffs. In E. Heitzer, M. Jander, A. Kahane, & P. G. Poutrus (Eds.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR: Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*. Wochenschau Verlag.
- Lindenberger, T. (2005). 'Asoziale Lebensweise'. Herrschaftslegitimation, Sozialdisziplinierung und die Konstruktion eines 'negativen Milieus' in der SED-Diktatur. *Geschichte Und Gesellschaft*, 31(2).
- Link, B. G., & Phelan, J. (2014). Stigma power. *Social Science & Medicine*, 103, 24–32.
- Link, B. G., & Phelan, J. C. (2001). Conceptualizing Stigma. *Annual Review of Sociology*, 27(1), 363–385.
- Rüsch, N. (2021). Das Stigma psychischer Erkrankung: Strategien gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Elsevier.
- Thornicroft, G., Sunkel, C., Alikhon Aliev, A., ... Winkler, P. (2022). *The Lancet Commission on ending stigma and discrimination in mental health*. *The Lancet*, 400(10361), 1438–1480.
- Weißflog, G., Böhm, M., Klinitzke, G., & Brähler, E. (2010). Erhöhte Ängstlichkeit und Depressivität als Spätfolgen bei Menschen nach politischer Inhaftierung in der DDR. *Psychiatrische Praxis*, 37(06), 297–299.
- Weißflog, G., & Brähler, E. (2015). Political Violence in the German Democratic Republic Between 1949 and 1989 and Its Consequences for Mental and Physical Health. In J. Lindert & I. Levav (Eds.), *Violence and Mental Health* (pp. 287–301). Springer.

Wenn Sie mehr über das Projekt und die verschiedenen Studienergebnisse erfahren möchten, besuchen Sie die Verbundwebsite: www.sed-gesundheitsfolgen.de

Autoren: Tobias Schott, Anne Weiß, Philipp Laue, Georg Schomerus., Universitätsklinikum Leipzig, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie 

Info-Aktion für ehemalige DDR-Heimkinder

Seit letztem Jahr informieren die Mitarbeiter der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) ehemalige DDR-Heimkinder schriftlich über ihre verbesserten Rehabilitierungsmöglichkeiten und begleiten die Antragstellungen.

In der DDR haben viele Heimkinder schweres Leid und Unrecht erfahren. Um dieses Leid abzumildern und den Betroffenen etwas Genugtuung und Befriedung zu verschaffen, wurde der Fonds „Heimerziehung in der DDR 1949 -1990“ eingerichtet. Er diente der Aufarbeitung der Heimvergangenheit und der Abmilderung von Folgeschäden durch Sach- und Rentenersatzleistungen. Zuständig für die Arbeit des Fonds im Land Brandenburg war die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder, welche bei der

Aufarbeitungsbeauftragten angesiedelt war.

Im Land Brandenburg haben während der Laufzeit des Fonds zwischen 2012 und 2018 über 4.000 ehemalige Heimkinder Unterstützungsleistungen aus dem Fonds erhalten. Davon waren ca. 1.700 in Spezialheimen der DDR-Jugendhilfe untergebracht, in denen gravierende menschenrechtsverletzende Unterbringungsbedingungen herrschten. Seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2019 besteht für diese Betroffenen ein erleichterter Zugang zur strafrechtlichen Rehabilitierung. Wer zu dieser Gruppe gehört und bisher keinen Antrag auf Rehabilitierung gestellt hat, kann diesen seitdem stellen und hat deutlich verbesserte Chancen auf Rehabilitierung. Auch für noch nicht entschiedene und für bereits abgelehnte Anträge besteht in aller

Regel die Möglichkeit, erneut einen Antrag zu stellen. Die Aufarbeitungsbeauftragte, Dr. Maria Nooke, erklärt dazu: „Es ist wichtig, dass alle, denen die Möglichkeit der Rehabilitierung zusteht, diese auch geltend machen können. Deshalb versuchen wir, die anspruchsberechtigten ehemaligen DDR-Heimkinder zu erreichen, auch diejenigen, die noch gar keinen Kontakt zu uns hatten, um sie entsprechend zu beraten und bei der Antragstellung zu unterstützen.“

Im Anschluss an eine Rehabilitierung können Entschädigungsleistungen wie eine einmalige Kapitalentschädigung für die Dauer der Unterbringung sowie ab einer Unterbringungszeit von 90 Tagen die sogenannte Opferrente in Höhe von zurzeit 330,- EUR monatlich gewährt werden. Die Opferrente wird dabei einkommensabhängig gewährt, wobei Altersren-

Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen


Auch 2024 Zehntausende Anträge auf Stasi-Akten-Einsicht. Seit Beginn der Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs Ende 1990 sind bislang 7.479.111 (Stand: 31.12.2023) Ersuchen und Anträge eingegangen, darunter 3.439.972 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern. Im Jahr 2023 haben 30.696 Bürgerinnen und Bürger einen Antrag zur Akteneinsicht gestellt. Im Archiv stehen über 111 Kilometer Schriftgut für die Recherche zur Verfügung. Davon sind 51 Kilometer bereits von der Stasi archiviert worden und sind personenbezogen zugänglich. Weitere 60 Kilometer wurden 1990 unsortiert in den Büros der Stasi gefunden und sind seither zu derzeit 94 Prozent erschlossen. Beim Stasi-Unterlagen-Archiv arbeiten 1.242 (Stand: 01.01.2022) Beschäftigte an 15 Standorten.

<https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/das-stasi-unterlagen-archiv-in-zahlen/>

<https://www.bz-berlin.de/ticker/auch-2024-zehntausende-antraege-auf-stasi-akten-einsicht>

ten bei der Einkommensberechnung nicht berücksichtigt werden. Betroffene, die als Kind oder als Jugendliche in Spezialheimen der DDR unterge-

bracht waren, können sich während der telefonischen Sprechzeiten (Montag und Donnerstag von 13.00 bis 16.00 Uhr und Freitag von 10.00-13.00 Uhr unter 0331

23729221) oder schriftlich (buengerberatung@lakd.brandenburg.de) an die LAKD wenden und sich zu möglichen Rehabilitierungsansprüchen beraten lassen. 

Entschädigungsleistungen nicht als Einkommen auf Sozialleistungen anrechenbar

In der letzten Zeit erreichten die juristische Beratungsstelle der UOKG vermehrt Anfragen bezüglich der Anrechnung von Zuschüssen aus sozialer Entschädigung auf Sozialleistungen (Wohngeld, Bürgergeld, Grundsicherung) auf. Im Folgenden deshalb eine kurze Zusammenfassung über die aktuellen Anforderungen an die Berechnung des Einkommens und abschließend ein Formulierungsbeispiel für die Entschädigungszahlung, die Betroffene selbst direkt an das Wohngeldamt schicken können.

Um den Anspruch auf Sozialhilfe zu prüfen und die Höhe der Unterstützung zu berechnen, wird ermittelt, wie viel Einkommen der Anspruchsteller hat. Dabei wird sich einem ausgefeilten System bedient, das ins kleinste Detail regelt, welche Einnahmequelle unter das Einkommen fallen.

Die besondere Zuwendung für Haftopfer, die Kapitalentschädigung und die Entschädigungsleistungen nach SGB XIV

und die Grundrente nach dem BVG sind nicht als Einkommen zu betrachten. Sie beeinflussen nicht die Höhe der Sozialleistungen und werden bei der Anspruchsbeurteilung nicht angerechnet. Sie sollen den personellen oder materiellen Schaden mindern und keine leistungsbeziehende Einkommensquelle darstellen.

Durch die Regelung, dass diese Entschädigungen nicht auf Sozialleistungen wie Wohngeld oder Bürgergeld angerechnet werden, wird gewährleistet, dass die Entschädigung in ihrer Funktion als Ausgleich der erlittenen Beeinträchtigung erhalten bleibt, ohne dass sie sich negativ auf die Bedürftigkeitsprüfung auswirkt. Diese Ausnahme dient dem Schutz der sozialen Absicherung der Betroffenen und stellt sicher, dass die sozialrechtliche Versorgung nicht durch die Entschädigungszahlung beeinträchtigt wird. Dadurch wird ein gerechter Ausgleich zwischen der Entschä-

digung für das erlittene Unrecht und der Gewährleistung sozialer Grundbedürfnisse durch Sozialleistungen gewahrt.

Hier eine Formulierung für Entschädigungszahlungen, die Betroffene selbst beim Wohngeldamt einreichen können: Die monatliche Entschädigungszahlung gemäß § 83 Abs. 1 SGB XIV ist nach § 28 Abs. 2 SGB XIV von der Anrechnung auf andere Sozialleistungen ausgenommen. Da das Wohngeld gemäß § 68 Nr. 10 SGB I eine Sozialleistung im Sinne des SGB I darstellt, ist die monatliche Entschädigungszahlung nicht auf das Wohngeld anzurechnen.

Betroffene können sich diesbezüglich auch an die juristische Beratungsstelle der UOKG wenden, um Unterstützung zu erhalten.

Nina Schmoldt, Mitarbeiterin der juristischen Beratungsstelle der UOKG

Leben in der DDR. Skizzen des Alltags

Die Interviews der Dokumentationsreihe „Zeitzeugenwerkstatt“ der Geschichtswerkstatt Jena gewähren tiefe Einblicke in die vielfältigen und oft widersprüchlichen Erfahrungen der Menschen in der DDR. Die Erzählungen zeichnen ein facettenreiches Bild des Alltagslebens, das sowohl von positiven Momenten als auch von den harten Realitäten des sozialistischen Staates geprägt war. Gemeinschaft und Solidarität spielten eine zentrale Rolle im Leben vieler DDR-Bürger. Sie entwickelten kreative Strategien, um mit den Einschränkungen des täglichen Lebens umzugehen. Gleichzeitig standen diese Erfahrungen jedoch immer im Spannungsfeld zur allgegenwärtigen politischen Ideologie der SED, die fast jeden Aspekt des Lebens durchdrang – von der Schule bis zu persönlichen Beziehungen. Ein Zeitzeuge beschreibt etwa, wie das Westfernsehen und Westpakete eine besondere Bedeutung im Alltag hatten. Diese waren nicht nur Symbole der Freiheit und des Wohlstands des Westens, sondern boten auch Zugang zu Konsumgütern und Informationen, die in der DDR

nicht verfügbar waren. Dies verstärkte das Bewusstsein für die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten und machte vielen Menschen die Begrenztheit ihrer eigenen Welt deutlicher. Der Geruch eines Westpakets, der ein ganzes Zimmer durchströmte, war für manche ein Stück Exotik in einer sonst grauen Alltagswelt.

Inhalt: Politische Kontrolle und das Gefühl der Unsicherheit, Kreativer Umgang mit Mangel und Einschränkungen, Widersprüchliche Erinnerungen: Nostalgie und kritische Distanz, Jugend und Opposition


Fazit: Ein komplexes Bild des DDR-Alltags

Die „Zeitzeugenwerkstatt“ vermittelt ein eindrucksvolles und differenziertes Bild des Lebens in der DDR. Die Interviews zeigen, dass die Erinnerungen an diese Zeit von vielfältigen Erfahrungen und widersprüchlichen Gefühlen geprägt sind. Die Menschen hatten es gelernt, sich mit dem System zu arrangieren, entwickelten jedoch auch Formen des stillen Widerstands und der Subversion.

Gleichzeitig war das Leben in der DDR von einer ständigen Spannung zwischen individueller Freiheit und staatlicher Kontrolle geprägt. Die Dokumentation regt zum Nachdenken darüber an, wie Menschen mit Repression, Überwachung und Einschränkungen umgehen und gleichzeitig versuchen, ein glückliches Leben zu führen. Sie zeigt, dass es wichtig ist, die DDR-Vergangenheit in all ihrer Komplexität zu betrachten und nicht auf einfache Schwarz-Weiß-Darstellungen zu reduzieren. Nur so kann eine ehrliche Auseinandersetzung mit dieser Zeit gelingen.

Weitere Informationen:

<https://www.geschichtswerkstatt-jena.de/>
Zeitzeugenwerkstatt:
https://www.youtube.com/watch?v=4a_0mVWuGmY&t=56s

Erstveröffentlichung 26.10.2024 auf <https://coolis.de/2024/10/26/geschichtswerkstatt-jena-leben-in-der-ddr-skizzen-des-alltags/>
Autor/Redakteur:
Arne Petrich <https://coolis.de/> 

Zeitzeugengespräch zu „Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht im Objektiv“

Am 21. November 2024 fand im Rahmen der Ausstellung „Lernt Polnisch“ die Fortsetzung der in Stettin (polnisch: Szczecin) gezeigten Ausstellung des Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg statt. Unter dem Titel „Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht im Objektiv – Fotografien und Notizen“ kam ein Zeitzeuge zu Wort, der seine persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen aus einer prägenden Zeit der deutsch-polnischen Geschichte teilte.

Im Dezember 1981, als in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, arbeitete Ryszard Dąbrowski, ein polnischer Ingenieur, der zum Schlosser degradiert

wurde auf der Werft in Stettin. Die Stadt war nicht nur ein bedeutendes industrielles Zentrum, sondern auch ein Brennpunkt der oppositionellen Bewegung Solidarność, die sich bis 1989 gegen das kommunistische Regime stellte. Ihr unermüdlicher Einsatz trug maßgeblich dazu bei, dass schließlich Tadeusz Mazowiecki als erster frei gewählter Ministerpräsident eines Ostblockstaates ins Amt gewählt wurde.

Ryszard Dąbrowski – ein überzeugter Antikommunist, plante seine Emigration nach Kanada, ging 1982 nach West-Berlin, saß dort Monate lang fest und lebt bis heute in Berlin. Doch auch er nutzte seine

Leidenschaft für die Fotografie und veröffentlichte seine Werke in verschiedenen Publikationen.

Während des Zeitzeugengesprächs, das von Michael Köllner, dem Leiter der Außenstelle des Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg, moderiert wurde, erzählte er von seinen Erlebnissen. Es wurden eindrucksvolle Bilder gezeigt und persönliche Erinnerungen geteilt. Die Veranstaltung zog ein interessiertes Publikum an, das durch die emotionalen Berichte und die beeindruckenden Fotografien tief berührt wurde. Sie verdeutlichten einmal mehr, wie wichtig es ist, die Vergangenheit zu erinnern und zu verstehen, um die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen weiter zu stärken.

Der Ausspruch der Ausstellung „Lernt Polnisch“ – bedeutet: Lernt von den Polen sich gegen den Kommunismus zu wehren und macht es wie die Polen.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. bedankt sich beim Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg und Ryszard Dąbrowski für ihre Beiträge und ihr Engagement. Durch den unermüdlichen Einsatz von Solidarność fielen die kommunistische Regime in Osteuropa und die deutsche Einheit wurde möglich. Vielen Dank.

Text und Foto André Rohloff



Ryszard Dąbrowski und Michael Köllner, gezeigt wird ein Foto von polnischen Demonstranten „Beendet den Hunger des Volkes“

DDR im Fokus – Erinnerungsarbeit in Stadtgesellschaften

Am 29. November 2024 fand ein bedeutender Kick-off-Workshop mit dem Titel „DDR im Fokus – Erinnerungsarbeit in Stadtgesellschaften“ in Neubrandenburg statt. Diese Veranstaltung war das Ergebnis einer Kooperationsarbeit zwischen der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Stadt Neubrandenburg. Ziel des Workshops war es, relevante Fragen zur DDR-Geschichte und der damit verbundenen Erinnerungsarbeit zu erörtern und eine Plattform für den Austausch aktueller Forschungsergebnisse zu schaffen.

Die historische Aufarbeitung der DDR ist ein vielschichtiges Thema, das durch zahlreiche Publikationen, Diskussionen und Forschungsarbeiten geprägt ist. Dennoch gibt es in Bezug auf die Herrschaftspraxis der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und die daraus resultierenden Lebenswelten sowie Handlungsstrategien im lokalen Kontext weiterhin unterschiedliche Ansichten und Verklärungen. Dies spiegelt sich nicht nur in der Forschung wider, sondern auch in der öffentlichen Wahrnehmung und dem Gedächtnis einzelner Stadtgesellschaften. Ähnlich wie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stellt sich die Frage, wie die politischen Vorgaben der SED an der Basis funktio-

niert haben und welche Auswirkungen diese auf das Leben der Menschen hatten und wie man Verklärungen verhindern kann.

Die Rolle der SER und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) als Überwachungsorgan und dessen Einfluss auf das alltägliche Leben in Neubrandenburg sind entscheidende Aspekte der lokalen Geschichtsaufarbeitung. Durch die Analyse dieser Strukturen kann ein besseres Verständnis dafür gewonnen werden, wie sich die Verbindungen von Staat und Bevölkerung über die vier Jahrzehnte der DDR hinweg veränderten. Diese Entwicklung hatte weitreichende Konsequenzen

für die politische Verfolgung, Repressionen und die Kontrolle der Bevölkerung.

Ein weiteres zentrales Thema des Workshops war die Frage, wie Stadtgesellschaften ihre eigene Geschichte erinnern und aufarbeiten können. In Neubrandenburg, die als ehemalige Hauptstadt des gleichnamigen Bezirkes besondere historische Bedeutung hat, lassen sich verschiedene Trends, Herausforderungen und Entwicklungen in der Erinnerungsarbeit identifizieren. Es wurde herausgearbeitet, dass die SED bereits früh nach dem Zweiten Weltkrieg entschied, Neubrandenburg als Musterstadt wieder aufzubauen. Dieser wiederholte Versuch der Idealisierung führte zu erheblichem Wachstum und Aufschwung unter einem autoritären Regime, das durch Unterdrückung und Kontrolle charakterisiert war.

Ein symbolisches Beispiel für diese autoritäre Struktur stellt der Bau der Bezirksverwaltung des MfS auf dem Lindenberg dar, der eng mit der Untersuchungshaftanstalt in Verbindung steht. Diese Institutionen trugen maßgeblich zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung bei und hinterließen Spuren, die noch heute in der gesellschaftlichen Erinnerung präsent sind. Darüber hinaus wurden die Einflüsse des DDR-Leistungssports, insbesondere in Verbindung mit Informanten (IMs) und Dopingpraktiken, sowie das Agieren des NVA-Militärgerichts in Neubrandenburg angesprochen. Solche Aspekte verdeutlichen, wie stark das öffentliche Leben in der DDR von staatlicher Kontrolle durchzogen war und wie sich dies auf individuelle Lebensrealitäten auswirkte.

Die Diskussion im Rahmen des Workshops zeigte, dass es notwendig ist, solche historischen Kontexte zu berücksichtigen, um die eigene Vergangenheit zu verstehen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die Teilnehmer des Workshops,

bestehend aus Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft, tauschten sich über die Herausforderungen und Chancen aus, die mit der Erinnerungsarbeit verbunden sind.


Ein zentraler Punkt der Debatte war die Notwendigkeit einer interdisziplinären Herangehensweise an die Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Dabei sollte nicht nur die Geschichtswissenschaft, sondern auch die Soziologie, Politikwissenschaft und Kulturwissenschaftliche Perspektiven und vor allem die Opferverbände einbezogen werden. Nur durch ein vielfältiges Forschungs- und Diskursangebot kann die Komplexität der Vergangenheit adäquat abgebildet werden. Insgesamt wurde deutlich, dass der Workshop als Auftakt für eine Reihe von langfristig angelegten Veranstaltungen und Projekten dienen kann und soll, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Neubrandenburg befassen.

Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen des Workshops angesprochen wurde, betrifft die Rolle der Bildung in der Erinnerungsarbeit. Es wurde betont, wie wichtig es ist, die jüngeren Generationen in die Diskussion um die DDR-Geschichte einzubeziehen. Bildungsprojekte, die auf einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit basieren, können und sollten dazu beitragen, ein Bewusstsein für die eigenen Wurzeln und die Bedeutung der Demokratie zu schaffen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Workshop am 29. November



DDR im Fokus – Erinnerungsarbeit in Stadtgesellschaften (v.l.n.r.): Moderation: Jochen Schmidt, Direktor Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Amélie zu Eulenburg, Leiterin des Arbeitsbereichs Gedenkstätten und Erinnerungskultur in der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, André Rohloff, stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, Burkhard Bley, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Silvio Witt, Oberbürgermeister Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Dr. Steffi Brüning, Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock. Text und Foto: VOS André Rohloff


2024 nicht nur ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Neubrandenburg darstellt, sondern auch eine Einladung an die Bürger ist, aktiv an diesem Prozess mitzuwirken. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist ein unverzichtbarer Teil der Identitätsbildung von Stadtgesellschaften und trägt dazu bei, aus der Vergangenheit zu lernen. Im Sinne einer nachhaltigen und kritischen Erinnerungsarbeit ist es von großer Bedeutung, dass die Debatte um die DDR und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen fortgeführt wird. Der Workshop hat den ersten Grundstein für diesen Dialog gelegt und wird hoffentlich viele weitere Diskussionen und Initiativen anstoßen. Eine Forderung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. in Mecklenburg-Vorpommern die schon seit über einem Jahrzehnt besteht. 

Ich bin mir selber fremd geworden...

Anlässlich des 35-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution plante das Musiktheater-Kollektiv ein Projekt zur DDR-Geschichte. Eine neue Musik-Performance des Ensembles Neue Kammer Leipzig und das experimentelle Musiktheater-Tandem Schatz & Schande setzt sich mit den Missständen und der Ungerechtigkeit im Frauengefängnis Hoheneck bei Stollberg auseinander. Zur Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck des größten Frauenstrafvoll-

zugs der DDR am 11. Juli 2024 suchten Christoph Caesar und Philipp Rücker nach ehemaligen politisch Inhaftierten Frauen, die Ihre Geschichte nach einer Theateraufführung erzählen würden.

Keine der Frauen konnte sich vorstellen wie der Gefängnisaufenthalt vertont und aufgeführt werden sollte. Die beteiligten Künstler sind aus der Generation der Nachwendekinder, deren Aufwachsen

von den Nachwirkungen des politischen Umschwungs stark geprägt sind. Für ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten ist auch nach 35 Jahren Mauerfall die Erinnerungskultur von großer Bedeutung. Es geht darum, das Unrecht der Vergangenheit zu benennen. Dargestellt wird der Gefängnis-Alltag in der Strafvollzugseinrichtung in Hoheneck. Dort wurden in der DDR auch politisch Verfolgte Frauen inhaftiert. Die Performance nutzt Gedichte der damals eingesperrten Frauen sowie neue Kompositionen und Klänge aus dem Gefängnis. 

Im Anschluss werden Zeitzeuginnen auf der Bühne interviewt. Das zum ersten Mal beim Leipziger Tracks-Festival für Freies Musiktheater gezeigte Konzert-Projekt „Ich bin mir selber fremd geworden“ über das DDR-Frauengefängnis Hoheneck gewinnt durch das Gespräch mit Zeitzeugen eine starke Verdichtung.

Komponist Philipp Rücker war auf der Suche nach Stoff für eine neue künstlerische Arbeit zur DDR-Geschichte. Eher zufällig stieß er dabei auf Gedichte von Frauen, die in den 1950er-Jahren in der DDR in Haft waren. „Das ist ein total spannender Stoff, damit muss ich etwas machen.“ So stammt auch der Titel seiner neuen Musik-Performance „Ich bin mir selber fremd geworden“ aus einem Gedicht von Traute Mühltaler. Weitere Gedichte stammen von Edeltraut Eckert und Käthe Kirchner. Wichtige künstlerische Mittel der Regisseurin Leonie Sowa und des Komponisten Philipp Rücker sind die Ruhe und die Pausen. Für das kahle Bühnenbild hat Leila Brinkmann glaubhaft nachvollziehbar zwei Etagenbetten und drei alte Nähmaschinen benutzt, um das Gefängnisleben Arbeit und Schlaf darzustellen. Dazwischen wird von allen Mitwirkenden die Monotonie des Gefängnisalltags mit Gesang und Performens dargestellt. Zwei Gruppen von Menschen mit blauen Overalls und Instrumenten sind in der Dunkelheit schemenhaft zu erkennen. Leo Sowa hat für sie eine asymmetrische Choreographie entwickelt. Isolierung aus dem Umfeld und Gruppierungen wechseln. Die Gesichter mit ihrer emotionalen Zielgerichtetheit oder Starre, dazu die Overalls schaffen eine neutrale, ja kafkaeske Atmosphäre. Diese mehr strukturierende als emotionale Bebilderung sagt viel über die Monotonie, die sich verlierende Perspektivlosigkeit und Resignation im Freiheitsentzug aus.



Zeitzeugengespräch mit Elke Schlegel, moderiert von Ariane Zabel. Foto: Teresa Tammer

Zwei Vorstellungen fanden im Leipziger ZiMMT (Zentrum für immersive Medienkunst, Musik und Technologie) statt und eine in der Dresdner Gedenkstätte Bautzener Straße. Nach jedem Konzert wurden Podiumsgespräche von ehemaligen Gefangenen in Hoheneck von Ariane Zabel (Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“) moderiert. Am 16. November mit Marie-Luise Knopp und am 17. November mit Karin Sorger und Natalie Wöhrle-Sorger. Als „Hoheneckerinnen“ bezeichnete man in der DDR Frauen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, vor allem auch Antragstellerinnen auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Es herrschten unwürdige und unhygienische Bedingungen. Zu den Insassinnen gehörte Elke Schlegel, die Zeitzeugin und Autorin der Erinnerungsschrift „5 Monate und 24 Tage. Frauenzuchthaus – Eine Extremerfahrung“, die am 15. November dem ersten Abend zur Premiere zu Wort kam. Nach mehreren Konflikten mit dem DDR-System, an dem sie den Mangel freiheitlicher Grundrechte

wahrnahm und unter diesem litt und später einer abenteuerlichen und menschlich zermürbenden Ausreise mit Mann und Sohn, kam sie in den 1980er-Jahren im Westen an. Seither lebt sie in Koblenz. Diese Ereignisse haben Spuren hinterlassen und motivieren Elke Schlegel dazu, die Begebenheiten für folgende Generationen in Erinnerung zu bewahren. „Unsere Demokratie ist ein Schatz, den es zu bewahren gilt“.

Die Nässe und generell das Abstoßende habe sie vermisst, sagte Schlegel über das Konzerttheater – unter anderem das Mark und Bein durchdringende Schlüsselrasseln der Aufsichten. Das ständige Getrappel der abmarschierenden Gefangenen. Die Mitwirkenden sind besonders sensibel an ihr Werk gegangen aber im Publikum sitzen keine ehemals Inhaftierten, sondern Zuschauer denen der Haftalltag verdeutlicht werden soll. Wozu sind Menschen fähig? Was können Menschen, Menschen antun? Das sollte die Botschaft sein, gerade in der heutigen politischen Lage. Diese Feststellung berührt essenzielle Haltungen zur Kunst: Könnte eine drastische, kopierende Bebilderung die Erfahrungen der Gefängnisinsassinnen besser evozieren als eine abstrahierend zeichenhafte Deutung mit Gedankenstoff für das Publikum?

Herzlichen Dank an die sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, allen Zeitzeugen und allen Mitwirkenden. Bleibt zu hoffen, dass dieses Ensemble mit ihrem performativen Konzert noch viele Auftritte absolviert und die Geschichte in die Gegenwart holt.



Schatz & Schande gibt zusammen mit der Neuen Kammer Leipzig unter der Regie von Leonie Sowa dem Leid aus Hoheneck eine Bühne. Foto: Jörg Singer

Erster Beratungstag für Opfer des DDR-Regimes in Nordrhein-Westfalen

Am 15. November 2024 fand unter der Schirmherrschaft des Beauftragten der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, der erste offene Beratungstag in Nordrhein-Westfalen für Opfer der zweiten deutschen Diktatur statt. Zusätzlich wurde eine offene Bürgersprechstunde von der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, angeboten. Nach einer Ausstellungseröffnung mit Werken des Künstlers Gino Kuhn im Anschluss, wurde der sechste Runde Tisch mit den SED-Opferverbänden durchgeführt.

Auch 35 Jahre nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung leben in Nordrhein-Westfalen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes, die bis heute an den Folgen des erlebten Unrechts leiden. In seiner Funktion als Beauftragter kümmert sich Heiko Hendriks auch um die Anliegen der DDR-Übersiedler und Flüchtlinge, die vor dem Mauerfall nach NRW gekommen sind. Um möglichst viele Betroffene ortsnah über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, fand im Gerhart-Hauptmann Haus in Düsseldorf eine kostenlose und vertrauliche Beratung von Opfern der Diktatur in der DDR statt.

Das niedrigschwellige Beratungsangebot wurde durch zwei Mitarbeiter des Büros des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt und richtete sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden sowie an Personen, die sich grundsätzlich über Hilfeleistungen für sich selbst oder Angehörige erstmals informieren wollten. Zusätzlich bot die SED-Opferbeauftragte eine offene Bürgersprechstunde an. Die Berater berichteten im Anschluss, dass einige Betroffene aus Nordrhein-Westfalen, die sie bereits seit Jahren durch das Büro der Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur telefonisch beraten, extra angereist seien, um das persönliche Beratungsangebot in Düsseldorf vor Ort in Anspruch zu nehmen. Aber auch bisher nicht bekannte Betroffene nutzten das Angebot der Beratung bzw. der Bürgersprechstunde.

Im Anschluss an den Beratungstag fand eine Ausstellungseröffnung mit Werken

des Künstlers Gino Kuhn statt. Kuhn wurde als 20-Jähriger als Fluchthelfer zu sechs Jahren Haft wegen „Staatsfeindlichen Menschenhandels“ verurteilt und wurde nach zweieinhalb Jahren von der Bundesrepublik freigekauft. Kuhn setzt sich bis heute in seinen Werken mit seinen Hafterlebnissen auseinander. Abgerundet wurde der Tag durch den sechsten „Runden Tisch“ unter Teilnahme von Vertretern der in NRW ansässigen SED-Opferverbände sowie Mitarbeitern der Bezirksregierungen unter der Leitung des Beauftragten.

Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks begrüßte auch Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, die Teilnehmer. In seinem kurzen Grußwort erinnerte Halder, dass vor rund 75 Jahren nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern am 07. Oktober 1949 auch die DDR gegründet wurde. Er thematisierte die verschiedenen Medienveröffentlichungen zum Gründungstag der DDR und kritisierte u.a. die Unbedarftigkeit, mit der die Medien auf die Gründung des Unrechtsstaats eingingen.

Ein weiteres Grußwort hielt Felix-Heinz Holtschke, der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)

in Nordrhein-Westfalen, der deutlich machte, dass er auch kurz nach dem 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls trotz der gegenwärtigen Turbulenzen im politischen Berlin noch in der 21. Legislaturperiode eine deutliche Verbesserung der ideellen und materiellen Situation für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur erwartet.

In ihrer Rede an die Anwesenden sagte Evelyn Zupke, sie werde „auch weiterhin all die Instrumente nutzen, die mir der Bundestag an die Hand gegeben hat, um auf die Belange der Opfer der SED-Diktatur aufmerksam zu machen. Das Ganze tue ich nicht allein. Sondern, so wie bisher, gemeinsam mit Ihnen allen als Vertreter der Opferverbände.“ Im weiteren Austausch mit Evelyn Zupke und den Opferberatern aus Berlin hatten Vertreter der SED-Opferverbände die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich auszutauschen. Heiko Hendriks dankte allen Anwesenden für ihre Teilnahme und beendete den Tag mit den Worten: „Wir alle sind aufgerufen, nicht in den Bemühungen nachzulassen, das geschehene Unrecht in der zweiten deutschen Diktatur immer wieder publik zu machen und die Gesellschaft für einen sachgerechten Umgang mit dem Unrechtsstaat DDR zu sensibilisieren.“

Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern



6. Runder Tisch SED-Opferverbände in Düsseldorf, (v.l.n.r.) Zeitzeugin und Hoheneckerin Regina Labahn aus Düsseldorf, Gino Kuhn, Evelyn Zupke, Heiko Hendriks. Fotorechte bei Heiko Hendriks und bei Felix Heinz Holtschke

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten – Änderungen beim SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (SED-UnBerG)

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, Es ist geschafft! Noch kurz vor Weihnachten berichtete ich Ihnen hier im Stacheldraht, dass offen ist, ob es noch vor der Bundestagswahl zu einer Entscheidung über Verbesserungen für die SED-Opfer kommt. Heute kann ich Ihnen mit großer Freude schreiben, dass der Deutsche Bundestag in seiner regulären Sitzungswoche einen wegweisenden Beschluss für die Opfer gefasst hat.

Das Gesetzespaket, welches von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP gemeinsam eingebracht und einstimmig beschlossen wurde, umfasst eine Reihe von weitreichenden Verbesserungen für die Opfer. Zu den zum 01. Juli 2025 in Kraft tretenden Verbesserungen gehört eine Erhöhung der Opferrente von monatlich bisher 330 auf 400 Euro mit einer anschließenden Dynamisierung der Leistung. Gleichzeitig ist die Opferrente zukünftig nicht mehr an die Bedürftigkeit gekoppelt. Aus der Opferrente wird eine Ehrenpension. Ebenso ist eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsleistung für beruflich Verfolgte bei gleichzeitigem Verzicht auf Anrechnung von Partnereinkommen und dem Verzicht auf Absenkung der Leistung bei Renteneintritt vorgesehen. Zudem wird die Dauer der Verfolgungszeit bei beruflich Verfolgten von bisher drei auf zukünftig zwei Jahre verkürzt und somit mehr Betroffenen Zugang zu regelmäßigen Leistungen ermöglicht.

Darüber hinaus führt der Deutsche Bundestag eine grundlegend neue Regelung

zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden außerhalb des üblichen sozialen Entschädigungsrechts ein. Künftig wird beim Vorliegen definierter Krankheitsbilder, wie einer Angststörung oder Posttraumatischen Belastungsstörung, und einer nachgewiesenen Repressionserfahrung, wie politischer Haft oder Zersetzung, der ursächliche Zusammenhang als gegeben vorausgesetzt und Zugang zu Leistungen gewährt. Die Erfahrung von Unrecht und politischer Gewalt in der DDR ist keine Episode im Leben eines Menschen, nach der er auf seinen normalen Lebensweg zurückkehrt. Die gesundheitlichen Folgen begleiten viele Betroffene durch ihr gesamtes Leben. Mit dieser auf die besondere Situation der Betroffenen zugeschnittenen Regelung, die einen absoluten Paradigmenwechsel darstellt, sorgt der Bundestag endlich für mehr Gerechtigkeit für die Opfer der SED-Diktatur.

Zudem sieht das Gesetzespaket vor, dass Personen, die außerhalb der DDR von Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit betroffen waren, als Opfer anerkannt werden und Zugang zu Leistungen erhalten.

Für die Opfer von Zwangsaussiedlung aus dem früheren Gebiet der innerdeutschen Grenze der DDR ist ein gesetzlicher Anspruch auf eine Einmalzahlung in Höhe von 7.500 Euro vorgesehen. Gerade hierüber freue ich mich besonders, da das Leid der Zwangsausgesiedelten uns als Gesellschaft immer wieder zeigt, wie weit-

reichend die Folgen von Vertreibung im Leben der Betroffenen sind. Gerade weil die Rückführung des entzogenen Eigentums in viel zu wenig Fällen zum Erfolg führte, ist es ein wichtiges Signal, dass der Bundestag das Verfolgungsschicksal der Betroffenen in besonderer Weise würdigt.

Neben der Verabschiedung des Gesetzespakets fasste der Bundestag auch einen Beschluss zur Lage der Geschädigten des staatlich organisierten Dopingsystems der DDR. Mit dem Beschluss würdigt das Parlament insbesondere auch die Arbeit der Doping-Opfer-Hilfe und hat mich als Opferbeauftragte beauftragt, dem Bundestag einen Bericht vorzulegen, der Handlungsempfehlungen aufzeigt und den Abgeordneten als Grundlage für eine Entscheidung zur besseren Unterstützung der Opfer des DDR-Zwangsdopings in der nächsten Wahlperiode dienen soll. Dieser Beschluss ist wichtig, da unser Blick als Gesellschaft viel zu häufig nur auf die Olympiasieger fällt. Das DDR-Sportsystem hat jedoch eben nicht nur Medaillen und Weltmeister produziert. Das DDR-Sportsystem ist ebenso verantwortlich für tausende Menschen, die bis heute an den körperlichen und seelischen Folgen des Zwangsdopings leiden. Daher bin dankbar, dass der Bundestag hier weiter an geeigneten Instrumenten zur Unterstützung arbeiten will und diesen Weg werde ich als Opferbeauftragte begleiten und Impulse geben.

Mit der Verabschiedung des Gesetzespakets macht der Deutsche Bundestag auch den Weg für die Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds für die SED-Opfer frei. Der Härtefallfonds wird bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge angesiedelt, die zukünftig den Namen „Stiftung für ehemals politisch Verfolgte“ tragen wird. Mit dem Beschluss des Gesetzes können nun neben den Bundesmitteln auch die 6 Millionen Euro, die IKEA zur Verfügung gestellt hat, den Betroffenen zugutekommen. Mit der Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds wird nochmals deutlich, dass die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur keine ostdeutsche Angelegenheit ist. Die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR leben in ganz Deutschland. Mit dem bundesweiten Härtefallfonds werden wir daher unserer gesamtdeutschen Verant-

All die genannten Punkte entsprechen dem, wofür



Die SED-Opferbeauftragte gemeinsam mit den Landesbeauftragten, Dieter Dombrowski (UOKG), Anna Kaminsky (Stiftung Aufarbeitung), Frau Nold (IKEA-Stiftung) und Betroffenen von SED-Unrecht kurz vor der Abstimmung im Bundestag am 30. Januar 2024. © Team OpfB

wortung, wohnortunabhängig, gegenüber den Betroffenen in besonderer Weise gerecht.

Gerade zum Beginn des Jubiläumsjahrs der Deutschen Einheit kann ich ganz deutlich sagen: Der Bundestag sieht die Opfer. Und er hat gehandelt. Dass Abgeordnete aus vier unterschiedlichen Fraktionen, Abgeordnete aus Ost- und Westdeutschland, ostdeutsche Abgeordnete, die die Diktatur selbst erlebt haben oder nach dem Ende der DDR geboren wurden, gemeinsam

mit Abgeordneten aus Westdeutschland einen solchen Beschluss für die Opfer der SED-Diktatur auf den Weg bringen, diese besondere Verantwortung im Umgang mit unserer Geschichte ist für mich gelebte deutsche Einheit.

Ich freue auf die nächsten Monate. Auf die Gespräche mit Ihnen darüber, wie die Gesetzesänderungen in der Praxis wirken. Und ich freue mich ganz besonders gemeinsam mit der UOKG das Jubiläumsjahr der Deutschen Einheit zu begehen.

Mit den Menschen, die mit ihrem Widerspruch in der DDR ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir heute in ganz Deutschland in Demokratie leben dürfen.

Ihre Evelyn Zupke

Die vollständige Dokumentation

abrufen: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-sed-opfer-1042020>

SED-UnBerG – Video auf YouTube:

<https://www.youtube.com/watch?v=s6gQuFSVirg>



COLD CASE – vor Aufklärung?

Lage der Massengräber des NKWD-Lagers Tost

Erneut begab sich das UOKG-Team Dombrowski/Krägel – verstärkt durch Kameramann Lucas Hütter – im November 2024 nach Tost/Toszek in Oberschlesien. Arne Schrader, leitender Mitarbeiter des VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE, war ebenfalls angereist zusammen mit zwei Mitarbeitern der Firma „GEORADAR NRW“ aus Heek, die die tatsächliche Lage der Massengräber finden sollten. An zwei Tagen wurden mit Hilfe eines Georadars, das an einem Geländefahrzeug der Marke KUBOTA angebracht war, Boden Sondierungen vorgenommen. Der Untergrund kann hiermit analysiert werden, d.h. mögliche menschengemachte Veränderungen im Erdreich, z.B. Grabungen, können festgestellt werden.

Arne Schrader äußerte sich vor Ort zuversichtlich, dass schon durch Abgleichen historischen Kartenmaterials davon ausgegangen werden kann, wo im Frühjahr 2025 invasive Sondierungen an den jetzt abgesuchten Stellen durch den VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE vorgenommen werden können. Die „Totengräber“ von 1945 – damals 15-16-jährige jugendliche Häftlinge – zeigten mir 1993 eine Stelle, an der sie ihrer Erinnerung nach ca. 3.000 Tote des Lagers „beerdigen“ mussten in einer damals bestehenden großen Sandgrube. Die Topographie des Geländes hatte sich allerdings in 48 Jahren verändert – die Sandgrube befand sich nach neuesten Erkenntnissen nicht genau an der von ihnen angenommenen Stelle. Am ersten Tag begann die Suche zunächst etwas problematisch. Einer der erforderlichen Satelliten stand nicht zur Verfügung. „GEORADAR“ hatte jedoch noch ein kleineres Gerät dabei, einen mit Muskelkraft zu schiebenden Handwagen, der ohne Satellit und insbesondere in schwierig be-

fahbarem Gelände eingesetzt wird. Am zweiten Tag waren beide Satelliten verfügbar, so konnten die Sucharbeiten mit dem Geländefahrzeug zu Ende geführt werden. Eine weitere als Massengrab vermutete Stelle in einer zugewucherten Senke – die Dieter Dombrowski erst mit einer mitgebrachten Heckenschere freischnitt – konnte nun auch noch mit dem „Rollator“ abgesucht werden. **Lucas Hütter hat ein Video hierzu gedreht:** <https://www.uokg.de/videos/aktuell/>

NKWD-Lager Tost: Suche nach den Toten/ 23. November 2024

Der jetzige Eigentümer des Geländes Firma TERMINAL TOSZEK hatte uns Genehmigung für die Sondierung erteilt und überdies freundlicherweise einen beheizten Raum für Besprechungen zur Verfügung gestellt. Es herrschte feuchtkaltes Novemberwetter. Der Bürgermeister von Tost, Dr. Gregorz Kupczyk, erschien mehrfach an beiden Tagen, um sich über den Verlauf der Arbeit zu informieren. Auch Honorarkonsul Dr. Marcin Tyslik aus Gleiwitz interessierte sich und stattete uns einen Besuch ab. An beiden Tagen unterstützte uns Horst Zwioerek – Mitglied des DEUTSCHER FREUNDSCHAFTSKREIS Tost e.V. – insbesondere mit Orts- und Sprachkenntnissen. Zufrieden mit dem bisherigen Ausgang sind wir wieder nach Deutschland gefahren. Es wäre eine große Genugtuung nach meiner mehr als drei Jahrzehnte währenden ehrenamtlichen Aufarbeitung, zu erfahren, wo sich letztendlich unsere Toten befinden. **Bis Mai 2025 erhoffen wir Gewissheit – spätestens zur nächsten Gedenkfeier in Tost vom 09.–11.05.2025.**

Geschichte des NKWD-Lagers Tost: Anfang Mai 1945 wurden hier ca. 1500

Oberschlesier und Breslauer „interniert“. Im Laufe des Sommers kamen drei Viehwaggontransporte mit 3.007 Häftlingen aus dem GELBEN ELENDE in Bautzen hinzu, so dass das ehemalige Krankenhaus mit über 4.500 Männer, Frauen und Jugendlichen total überfüllt war. Außer der unerträglichen Enge ohne jeglichen „Wohnkomfort“, war die Verpflegung bei schwerster Zwangsarbeit völlig unzurei-



Auswertung der Bodenuntersuchung und Besprechung im „Wärmeraum“, (v.l.n.re.): Dieter Dombrowski, Arne Schrader, leitender Mitarbeiter des VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE, Matti Milak, polnischer Vertreter der KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

chend und miserabel, die Menschen wurden psychisch und physisch misshandelt, Seuchen breiteten sich aus, das große Sterben begann. 15-/16-jährige Häftlinge mussten fast täglich die Toten auf Karren aus der Stadt herauschaffen und in einer Sandgrube verscharren – als diese keine Kapazität mehr hatte, vergrub man die Leichen unter einer nahen Wiese. Bei Auflösung des Lagers nach sieben Monaten waren nur noch etwa 1.500 Häftlinge am Leben. Nichttransportfähige durften nach Hause, etwa 750 wurden weiter nach Graudenz/Westpreußen deportiert und von dort in weitere NKWD-Lager. Einer der 3.000 Toten war mein Vater: Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen und Zschopau/Sachsen – 39 Jahre alt – Vater von fünf Kindern.

Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/ Oberschlesien 1945, Januar 2025

Stasi-Wachmann schoss 1984 in Güstrow auf drei Männer

Das MfS vertuschte vor 40 Jahren eine Gewalttat mit zwei Toten und einem Schwerverletzten. In der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1984 schoss ein betrunkenen Stasi-Wachmann vor dem Sitz der MfS-Kreisdienststelle Güstrow auf drei Männer: Uwe Siatkowski und Wolf-Dieter Runge (beide 30) starben, Frank Nitsch (21) überlebte schwer verletzt. Um die Gewalttat zu vertuschen, erfand die Stasi die Legende, der MfS-Angehörige Werner Funk habe in Notwehr gehandelt. Alle Beteiligten, der Überlebende Frank Nitsch, die Angehörigen der Erschossenen, aber auch der Bürgerrechtler Heiko Lietz, der sich um Unterstützung und Aufklärung bemühte, wurden eingeschüchtert und bespitzelt. Der Todesschütze wurde nach wenigen

Wochen aus der Untersuchungshaft entlassen, ein Gerichtsverfahren wurde in der DDR nicht angestrengt.

Erst Ende 1990 verurteilte das Landgericht Berlin den Täter wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren. Das Urteil wurde nach Revision vor dem Bundesgerichtshof im Juli 1991 rechtskräftig. Im Dezember 2014 ist eine „Den Opfern der Gewalt 1949-1989“ gewidmet Gedenktafel in der Neukruger Straße in Güstrow erneuert worden. Mit Unterstützung der Landesbeauftragtenbehörde wurde Frank Nitsch 2016 für das erlittene Unrecht und die Gesundheitsschäden rehabilitiert. Als Zeitzeuge hat Frank Nitsch öffentlich mehrfach über sein Schicksal berichtet, so im von der Nordkirche her-

ausgegebenen Buch „Biografien politisch Verfolgter und Diskriminierter in Mecklenburg 1945 bis 1990“.

„Das lange ungesühnte Gewaltverbrechen vor 40 Jahren in Güstrow steht exemplarisch für das um der Macht willen Recht und Menschlichkeit verachtende SED-Regime. Wir gedenken der Opfer der Gewalttat von Güstrow und aller Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Diese Erinnerung ist Mahnung und Auftrag, die in der Friedlichen Revolution errungene Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen ihre Feinde zu verteidigen“, sagte Burkhard Bley, Landesbeauftragter für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Burkhard Bley, Landesbeauftragter
Bleicherufer 7, 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 734006 | Fax: – 734007
E-Mail: post@lamv.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de 

75 Jahre Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)

Am 09. Februar 2025 wird die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) ihr 75-jähriges Bestehen feiern. Die Gründung dieser bemerkenswerten Organisation im Jahr 1950 in „West“-Berlin war eine Antwort auf die repressiven Maßnahmen und die Verfolgung von Menschen, die unter dem stalinistischen Regime litten. In einer Zeit, in der die Teilung Deutschlands die Gesellschaft tief spaltete, bot die VOS den Opfern des Stalinismus eine Plattform, um ihre Stimmen zu erheben und das Unrecht, das ihnen widerfuhr, zu dokumentieren.

Die VOS wurde in einem politischen Klima gegründet, das durch Misstrauen und ideologische Feindseligkeit geprägt war. Die Stasi, die Geheimpolizei der DDR, zielte darauf ab, die VOS zu diskreditieren. Sie behauptete, dass die VOS von amerikanischen und britischen Geheimdiensten ins Leben gerufen worden sei, um den Sozialismus in der DDR zu untergraben. Diese Unterstellungen waren Teil einer umfassenden Strategie, um potenzielle Gegner der Staatsregierung zu diffamieren und mundtot zu machen. Seit 1953 stand die VOS unter dem Operativen Vorgang „Pest“, was bedeutet, dass sie systematisch durch das Ministerium für Staatssicherheit beobachtet und infiltriert

wurde mit dem Ziel, ihre Aktivitäten zu destabilisieren und zersetzen.

Besonders in den 1980er Jahren bewertete die Stasi die VOS als extrem antikommunistisch. Ihre Zeitschrift „Freiheitssglocke“ wurde als ausgesprochen hetzerisch eingestuft – ein klarer Versuch, die Arbeit und den Diskurs der VOS in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Dies zeigt, wie sehr die Organisation gefürchtet wurde, da sie eine Stimme für diejenigen darstellte, die unter dem autoritären Regime gelitten hatten. Die VOS wagte es, die Verbrechen des Stalinismus offen zu kritisieren und für die Rechte der Opfer einzutreten.

In einer Diplomarbeit von Hartmut Schmidt an der ehemaligen „Juristischen Hochschule“ des MfS wurde die Sichtweise über die VOS verbreitet, sie sei ein „[...] Zusammenschluss von Verrätern der DDR, Renegaten und sonstigen ultrareaktionären Feinden des Sozialismus“ gewesen. Eine Sichtweise, die bis heute vor allem in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung fortbesteht. Diese Narrative haben dazu beigetragen, das Bild der VOS in der öffentlichen Wahrnehmung zu verzerren und ihre legitime Arbeit als verachtenswert darzustellen. Dennoch bleibt

die VOS eine unerlässliche Institution, die das Gedenken an die Opfer der Repression aufrechterhält und die Bedeutung der individuellen Freiheit betont.

Besonders hervorzuheben ist das Engagement der VOS, deren Auswirkungen und Förderung des Erinnerns an stalinistische Verbrechen in der heutigen Gesellschaft unverkennbar sind. Als Mecklenburger, nehme ich hierzulande, insbesondere das Engagement in Neubrandenburg wahr und das unermüdliche Streben der VOS, den Opfern der DDR-Diktatur eine Stimme zu geben und für Gerechtigkeit einzutreten. Dies geschieht nicht nur durch öffentliche Veranstaltungen, Gedenkfeiern und Bildungsangebote, sondern auch durch die Bereitstellung von Informationen und Materialien, die das Bewusstsein für die dunklen Kapitel der Geschichte schärfen.

Dank der VOS und der UOKG können die Stimmen der Verfolgten gehört werden. Deren Einsatz für die Aufarbeitung der Geschichte beleuchtet nicht nur persönliche Schicksale, sondern trägt zur Förderung des demokratischen Bewusstseins bei. Gerade in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Debatte über Freiheit und Menschenrechte immer wieder neu entfacht wird, ist das Engagement der VOS von entscheidender Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Vereinigung der Opfer des Stali-

nismus e.V. auf eine bewegte Geschichte zurückblickt. Ihre Gründung vor 75 Jahren war ein mutiger Schritt, der auch heute noch für viele Menschen von essentieller Bedeutung ist. Es gilt, ihrer Arbeit Aner-

kennung zu zollen und weiterhin für die Belange der Opfer einzutreten. Die VOS bleibt ein Lichtblick in der Erinnerungskultur und ein notwendiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit totalitären Regi-

men. Mein Glückwunsch zum 75.Jahrestag geht an die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Reinhard Beckmann

Nachruf auf Dorothea Herrlein-Ramdohr

Im Gedenken an Frau Dorothea Herrlein-Ramdohr. Sie war langjährige Schatzmeisterin der ARE und stellvertretende Bundesvorsitzende der ARE: „Sie war ein herzenguter Mensch und eine Seele von Güte“, sagte ihre letzte Betreuerin, als sie mir die Nachricht vom bevorstehenden Lebensende meiner und unserer besonders engen Freundin bekannt gab. Dorothea Herrlein-Ramdohr war nicht nur eine ungewöhnliche Frau, stets beherzt, hoch engagiert und dabei auch humorvoll und von großem Verständnis. Am Silvestertag ist „Dohle“, wie wir sie nannten,

95-jährig, friedlich, aber nach längerer Krankheit in Oberursel eingeschlafen.

Wir haben ihr viel zu verdanken und besonders innig zu danken. Über zwei Jahrzehnte hat sie uns bis zuletzt als unsere Steuerberaterin mit ihrer Erfahrung und ihren kreativen Gedanken zur Seite gestanden. Voller Anregungen hat sie mit großem Einsatz für „ihre ARE“ gearbeitet und uns ein besonderes Beispiel für das gemeinsame Engagement in der Sache gegeben. Wir brauchten ihre Beständigkeit und ihre tätige vielseitige Mitwir-

kung. Sie wird uns sehr fehlen. Wir wissen, dass wir in Erinnerung an sie unsere Aufgabe weiterzutragen haben. Vergessen werden wir sie niemals.

Lesebrief von Frau D. Herrlein-Ramdohr an FAZ vom 30.03.2008 - Deutschlands lebendigste Städte. Leipzig ein Hoffnungsschimmer: <http://www.are-org.de/are/?q=fr/node/639>

Manfred Graf von Schwerin
Aktionsgemeinschaft Recht und
Eigentum e. V.

Nachruf auf Alexander Wieland

Alexander Wieland verstarb am 26.11.2024. Er war ein Mensch, welcher für andere da war. Aufrichtig und tapfer. Er hinterlässt zwei liebe Kinder. Leider wurde er zu Lebzeiten von einigen politisch Verantwortlichen und Verbündeten in Opferverbänden öfters in Stich gelassen, so seine Wahrnehmung. Er fühlte er sich erneut als Opfer. Vor allem als Opfer eines bürokratischen Systems. Seine Anträge auf Leistungen nach dem StrRehaG

lehnten zuständige Behörden ab, obwohl er nachweislich in den siebziger Jahren wegen seiner „Vergehen“ bzw. „Straftaten“ als Fluchthelfer im berühmten Prager Gefängnis Pankrác eingesperrt war.

Gleichzeitig wurde er im hohen Alter formal mit vielfältigen Ehrungen bedacht. So 2008 für sein Engagement für kranke Kinder aus Tschernobyl. 2019 war er als Mitglied einer Bürgerdelegation zum Tag

der Deutschen Einheit in Kiel. Parallel erhielt er das Bundesverdienstkreuz für sein Handeln als Fluchthelfer. Kurz vor seinem Tode verlieh ihm der tschechische Präsident auf der Prager Burg im Rahmen eines Festaktes den Orden für Verdienste I. Grades für seinen Einsatz gegen totalitäre Regime.

Im ehrenden Andenken
Peter Plach

Nachruf auf Dietrich Schopen

Am Mittwoch, den 11. Dezember 2024, verstarb Dietrich Schopen im Alter von 93 Jahren in Heppenheim. Die Beisetzung fand am Freitag, den 20.12.2024 um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Rimbach/Odenwald statt.

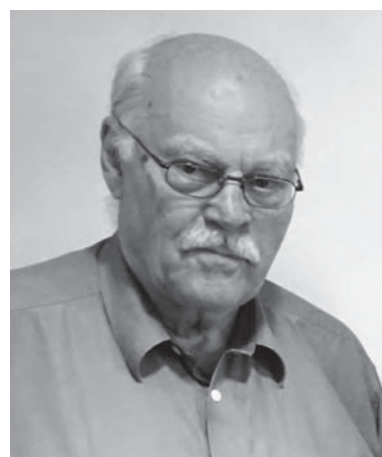
In stiller Trauer Stefan Krikowski

Nachruf von Edda Ahrberg

Dietrich Schopen, geboren am 08. Mai 1931 in Holzhausen (Kreis Detmold), besuchte in Schwerin die Oberschule und wurde dort als Schüler Mitglied der Liberaldemokratischen Partei. Er beteiligte sich an Flugblattaktionen, um vor einer neuen Diktatur in Ostdeutschland zu warnen: „In den Flugblättern wurde zum Widerstand aufgerufen, zu politischem Ungehorsam und dazu, westliche Rundfunksender zu hören. Doch nicht

dazu, Sabotageakte zu begehen oder die sowjetische Besatzungsmacht anzugreifen. Auf dem Flugblatt 'Sinnvoller Widerstand' hieß es am Schluss: 'Unser Ziel: Der Sieg der Menschlichkeit in einem freien Deutschland, das gleichberechtigt in dem geeinten, seinem Kulturerbe verpflichteten Europa steht.'" (Geipel, Ines/Petersen, Andreas: Black Box DDR – Unerzählte Leben unterm SED-Regime, Wiesbaden (marixverlag) 2009, S. 49ff., in: www.workuta.de/Dietrich_Schopen).

Im Juli 1950 verhaftete ihn der gerade erst gegründete Staatssicherheitsdienst und übergab ihn den sowjetischen Strafverfolgungsorganen. Ein sowjetisches Militärtribunal am Demmlerplatz in Schwerin verurteilte ihn daraufhin gemeinsam mit seinen Klassenkameraden Eduard Lindhammer und Hans-Jürgen Jennerjahn und neun weiteren Jugendlichen zu 25 Jahren



Dietrich Schopen, aufgenommen während der Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta in Schwerin am 03.06.2016.
Foto: Lagergemeinschaft Workuta/GULag

Straflager. Im Januar 1951 wurde er zur Strafverbüßung nach Taischet in die Nähe des Baikalsees deportiert. Dort musste er vorwiegend in einer Holzfällerbrigade arbeiten. Im Dezember 1953 durfte er über



das Entlassungslager Fürstenwalde/Spree in die DDR zurückkehren, floh aber 1955 in die Bundesrepublik, wo er bis zur Pensionierung für den amerikanischen Filmverleih „Warner Bros.“ tätig war.

Zeit seines Lebens lag ihm besonders das Schicksal seines Mithäftlings Joachim Anders am Herzen, der im Mai 1952 in Taischet auf tragische Weise ums Leben kam. Es gelang Dietrich Schopen, Kontakt zu dessen Vater aufzunehmen. Im Januar 1956 schrieb er ihm einen Brief und schilderte, wie er Joachim Anders im Lager als guten Kameraden erlebt hatte und berichtete, dass dieser von einem Wachposten beim Arbeitseinsatz im Wald erschossen wurde. Dietrich Schopen hegte trotz dieser und anderer Erfahrungen keinen Hass auf die Russen. Er versuchte sie zu verstehen, lernte ihre Sprache und nahm nach dem Ende der Sowjetunion Kontakt zu Angehörigen der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in Irkutsk auf. Ge-

meinsam mit ihnen sorgte er 2013 dafür, dass das Grab von Joachim Anders bei Bratsk würdig gestaltet wurde. 1996 rehabilitierte die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft Russlands Dietrich Schopen. Sie bescheinigte ihm und den Mitverurteilten, dass die damaligen Handlungen „keine Gefahr für die Gesellschaft“ dargestellt hatten. (Hauptmilitärstaatsanwaltschaft: Befundaufnahme am 26.06.1996, in: www.workuta.de.)

Dietrich Schopen war ein aktiver Teilnehmer der Jahrestreffen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Seine Freundlichkeit strahlte aus. Dass die Folgen der sowjetischen Gewaltherrschaft nicht in Vergessenheit geraten, war ihm ein wichtiges Anliegen. Auf dem Treffen 2015 in Magdeburg setzte er sich sehr nachdrücklich bei Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff für eine Ehrung seines ehemaligen Haftkameraden Anders ein, der aus Sachsen-Anhalt stammte

und dort im Landesdienst beschäftigt gewesen war. Als die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion im Juni 2023 den Karl-Wilhelm-Fricke-Preis verliehen bekam, reiste Dietrich Schopen mit seinem Sohn nach Berlin, um als einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen dabei sein zu können. Bis ins hohe Alter verfolgte er wach die politischen Prozesse im In- und Ausland, gerade auch die Veränderungen in Russland, stellte kritische Fragen, bildete sich seine eigene Meinung und blieb Demokrat durch und durch. Dietrich Schopen verstarb am 11. Dezember 2024 in Heppenheim im Alter von 93 Jahren. Jetzt fehlt er als Zeitzeuge und als Mensch.

Edda Ahrberg, ehemalige Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt
<https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Nachruf auf Victoria Heydecke

Victoria Heydecke (* 9.7.1928, † 28.11.2024) war Ehrenvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. und leitete die Arbeitsgemeinschaft von 2008 bis 2011 überaus kraftvoll und durchsetzungswillig.

Ab 1945 musste sie – wie ihre vier Geschwister – ohne Vater heranwachsen, den die Sowjets im Speziallager Sachsenhausen internierten und 1948 sterben



Victoria Heydecke vor Gedenkblock in Lager Sachsenhausen. Foto: Lagergemeinschaft Sachsenhausen

ließen. Die Nachkriegszeit verbrachte Victoria in Bayern als Kindermädchen, lernte Gärtnerin in Stuttgart und bestritt ihren Lebensunterhalt als Verkäuferin von Zeitungen auf Straßen und in Lokalen. Das formte sie zu einem energischen Menschen. Nach dem Abitur studierte sie Jura in Frankfurt/Main (wo sie ihren späteren Ehemann Eberhard kennenlernte) und arbeitete als Sekretärin. Später ging Victoria zurück ins Berliner Elternhaus, diente nach der Zweiten Staatsprüfung als Richterinnen und dann beim Berliner Innensenator – bis zu ihrer Pensionierung 1993 im Rang einer Leitenden Regierungsdirektorin. Danach absolvierte sie erfolgreich eine Ausbildung zur Heilpraktikerin und übte diesen Beruf mehrere Jahre aus.

Victoria Heydecke trat 1999 der Arbeitsgemeinschaft bei, warb engagiert und erfolgreich für Beitritte und Unterstützungen. Nach dem Ableben von Gisela Gneist wurde sie im August 2008 zur 1. Vorsitzenden gewählt. Sie ließ noch 2008, nach mehrjährigen Schwierigkeiten, das Buch von Dr. Günter Fippel über das Sachsenhausener Speziallager vom Leipziger Universitätsverlag herausgeben. Auch einen Flyer zu Schicksalen von Häftlingen der Sowjets in Sachsenhausen, mit Schwerpunkt der Jugendlichen, ließ sie in größerer Auflage fertigen.

2009 errichtete nach ihrem Antrag und im guten Einvernehmen mit der zuständigen

Ministerin der Brandenburger Landesregierung, Frau Prof. Johanna Wanka, die Stadt Oranienburg ein weit sichtbares Hochkreuz am ehemaligen Kommandantenhof. Gegen dessen Kürzung um einen Meter (unmittelbar vor Aufstellung) war auch sie machtlos. Zum 27. März 2010, dem 60. Jahrestag der Schließung der letzten Speziallager in der DDR, organisierte Victoria Heydecke eine anspruchsvolle Vortragsveranstaltung im Oranienburger Bürgerzentrum. Den Vorschlag eines rührigen Vereinsmitglieds aufgreifend, starteten zudem am ehemaligen Kommandantenhof 1.200 weiße Luftballons mit Zetteln. Sie gaben je zehn im Sachsenhausener Speziallager Umgekommenen symbolisch die Freiheit wieder. (Einige Ballons trieben bis nach Polen.)

Im September 2010 gelang nach vielen Jahren erstmals wieder eine gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Sachsenhausen. Intensiv verfolgte Victoria Heydecke die Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg“. Sie beteiligte sich in Potsdam an Sitzungen der Kommission, auch als Anzuhörende. Dabei kritisierte sie – in Gegenwart des ebenfalls Anzuhörenden Günter Morsch – „die sonderbaren Verfahren, die in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gelten“, unter anderem die Arbeitsweise des Beirates 1 und der

Sachverständigenkommission sowie das dezentrale Gesamtkonzept der Dauerausstellungen in Sachsenhausen.

Sie kämpfte, letztlich leider erfolglos, um die von der Landesregierung bereitgestellten 950.000 € aus dem PMO-Vermögen (Mittel des ehemaligen Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR). Diese Mittel sollten zum großen Teil für die Sicherung, Zugänglichkeit und Gestaltung der ehemaligen Lagerzone 2 in der Gedenkstätte Sachsenhausen Verwendung finden. Zumindest wurde diese Zone für 213.500 € eingezäunt, mit zwei Toren sowie einem

Weg und kleineren Info-Blöcken versehen. Nach einer schweren Erkrankung im Jahr 2010 beendete Victoria Heydecke ihren unermüdlichen Einsatz mit ordentlicher Übergabe der Geschäfte an den neuen Vorstand. Weil unter ihrem Vorsitz unsere Arbeitsgemeinschaft die Kontinuität der Erinnerungsarbeit wahrte und dank ihrer Zielstrebigkeit wichtige Fortschritte der Gedenkkultur in Sachsenhausen erreichte – gegen mitunter heftige Widerstände – wurde sie im September 2013 zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Nachdem sie ihren Gatten Eberhard verloren hatte, verschlechterte sich Victori-

as Gesundheit ab 2016 und ihre Kräfte erlahmten leider. Sie wechselte in ein Pflegeheim, wurde zusehends dement und bettlägerig. Friedlich schlief sie im Pflegeheim in Berlin-Zehlendorf ein. Die würdige Trauerfeier in Berlin-Mariendorf vor der Beisetzung der Urne erfolgte am 27. Dezember im Kreise ihrer großen Familie, guten Freunde und Wegbegleiter. Wir bewahren Victoria Heydecke, der überragenden Persönlichkeit, ein ehrendes Gedenken.

Dr. Richard Buchner, Reinhard Klaus,
Tatjana v. Stern-Gwiazdowski
(Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft)

Die Frauen von Hoheneck – Fotografien

Eine Fotoausstellung – Fotografien von 19 Frauen und 1 Mann, deren Schicksal eng verknüpft und geprägt ist von der Inhaftierung im berühmten Gefängnis Hoheneck.

Die Fotografien zeigen künstlerische Porträts der 20 ehemals Inhaftierten in verschiedenen Kontexten. Die Porträts zeigen sie in ihrem privaten Umfeld, wie es sich so viele Jahre nach den Hafterlebnissen darstellt, zum Teil auch bei Begegnungen in Hoheneck. Die Biographien spiegeln sich in den Gesichtern, dem Umfeld. Ergänzend dazu gestalten Fotografien aus dem Gebäude der ehemaligen Haftanstalt ein erzählerisches Umfeld, in das die Fotografien der Frauen eingebunden sind. Alle Fotografien werden in analoger Fotografie in Schwarzweiß aufgenommen.

Begleitend zu den Fotografien werden kurze Texte zu den Porträts gestellt. Aus den Erzählungen und Zitaten ergeben sich flexible und individuelle Texte. Der Fokus liegt dabei nicht auf einer Vollständigkeit von Informationen, sondern auf Schlaglichtern, die den Ausstellungsbesuchern die Situation der Frauen näherbringen. Dadurch bilden die Texte eine eigenständige und gleichzeitig zurückhaltende Ergänzung zu den Porträts, die im Mittelpunkt der Ausstellung stehen. Die Haft war traumatisch. Die Porträts erlauben, in den Gesichtern zu lesen. Die Frauen dieser Ausstellung sind starke Persönlichkeiten. Die Haft konnte sie nicht brechen. Und dennoch tragen sie das Erlebte tief in sich. Manche von ihnen haben inzwischen den Weg in die Öffentlichkeit gewagt. Manche von ihnen brechen ihr Schweigen nach all der Zeit

zum ersten Mal und wagen sich an ein Erinnern.

Der Fotograf Dirk Vogel beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit der Thematik der DDR-Diktatur. 2011 publizierte er den Bildband „Gesichter der friedlichen Revolution“ und 2022 den Bildband „Zeugen der Zeit“. Porträts von Zeitzeugen, die im Gefängnis Hohenschönhausen inhaftiert waren.

Die Autorin Cathia Hecker, Kommunikationsdesignerin, **erstellte die Texte.** Die Aussagen sind Originaltöne und keine wissenschaftlichen Fakten. Es geht darum, und das ist das Besondere, das Erlebte der Frauen und einem Mann, der sich mit seiner Mutter im Frauengefängnis Hoheneck dort befand, sichtbar zu machen und zu erhalten.

Die gesellschaftliche Bedeutung dieser Thematik ist so in den Fokus gelangt und nicht mehr zu übersehen. **Die Fotoausstellung „Die Frauen von Hoheneck“ wird als Wanderausstellung angeboten und ist bis zum 04. März 2025 während der Öffnungszeiten zu sehen.** Zielgruppe können alle gesellschaftlich und geschichtlich

Interessierte, Betroffene, aber vor allem auch junge Menschen sein, für die der Staat DDR in ferner Vergangenheit liegt.

Die Eröffnung der Ausstellung fand am 14.11.2024 mit einer Vernissage im Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis statt. 12 Zeitzeugen waren anwesend. Grußworte wurden von der Sächsischen Landesbeauftragten, Dr. Nancy Aris, der wissenschaftlichen Leiterin Dr. Steffi Lehmann, Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis, Joseph Walthelm, Gedenkstätte Hoheneck und Konstanze Helber, Vorsitzende des Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V., gesprochen und begleitet von musikalischen Beiträgen der Städtischen Musikschule Chemnitz.

Die Eröffnungsveranstaltung und die Ausstellung wurden mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes sowie durch die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Weitere freundliche Unterstützung kam von der Co.Rising GmbH Böhlen.

Konstanze Helber

Die Leidtragenden des Ost-West-Deals

„Das rüttelt mich jetzt durch“: Zwangsarbeit für Ikea in der DDR – ein Betroffener berichtet. Ikea ist eines von vielen West-Unternehmen, für deren Produkte Häftlinge in der DDR zwangsweise gearbeitet haben. Zur Entschädigung zahlt die Firma sechs Millionen in einen Fonds für Opfer. Zu ihnen gehörte Jens Asche. Der 65-Jährige erinnert sich an diese Zeit. „Auch andere involvierte Unternehmen sollten zu ihrer Verantwortung stehen.“ Jens Asche, ehemaliger Zwangsarbeiter für Ikea in Naumburg.

Mark Daniel: Erstveröffentlichung in Leipziger Volkszeitung vom 29.12.2024
<https://archive.is/uzA4X>

Neue Ausgaben der Zeitschrift Gerbergasse 18

Schwerpunkt – DIKTATURFOLGEN

Heft 112: Im Prozess der Aufarbeitung der Diktatur(en) hat sich schmerzhaft gezeigt, dass sich Nachwirkungen, Konsequenzen und Spätfolgen nicht mit einer Datumsgrenze oder dem Erreichen von Jahrestagen erledigt haben. Aktuell wird ein „Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitationsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Mit gesetzlichen Veränderungen soll die Situation der – noch lebenden – SED-Opfer verbessert werden, dazu gehört die Einrichtung eines Härtefallfonds, die Dynamisierung der Zuwendung für Haftopfer, die Anpassung der Definition der Opfergruppen an die Forschungslage sowie die Erleichterung der Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen. Durch das vorzeitige Ende der Ampel-Regierung im November


2024 wird eine Verabschiedung wiederum hinausgezögert.

Obwohl Rehabilitierungen, Entschädigungen und Restitutionen fortlaufend stattfinden, lassen sich mit der Zahlung symbolischer Beträge erlittenes Leid nicht lindern oder versperrte Lebens- und Karrierewege nachträglich ausgleichen. Wenn auch nicht täglich sichtbar, bleiben die Diktaturfolgen präsent und nicht auf die unmittelbar Betroffenen beschränkt, denn wir alle tragen und zahlen diese Kosten mit Zins und Zinseszins. Dazu zählen unter anderem die finanziellen Aufwendungen, etwa für die enormen Entsorgungskosten und Sanierungskosten.

Schwerpunkt – GEWINN UND VERLUST

Heft 113 vermisst u.a. das Verhältnis von Gewinn und Verlust auf ganz unterschied-

liche Art und Weise. So konnte der Verlust von Angst enorme Kräfte freisetzen und damit den (Wieder-)Gewinn von Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit einleiten. Mit dem zeitlichen Abstand lassen sich weitere Folgen aus der Überwindung von Teilung und Leid feststellen. Das „Grüne Band“ in Deutschland, entstanden aus der trennenden innerdeutschen Grenze, soll perspektivisch eine gemischte Kultur- und Naturerbestätte bilden, die ihre einzigartige Bedeutung aus Anteilen von Natur, Kultur und Erinnerung erhält.

Die neuen Ausgaben der „Gerbergasse 18“ (Heft 112 und 113) sind im lokalen Buchhandel oder direkt über die Geschichtswerkstatt Jena erhältlich. Rückfragen und Informationen: Daniel Börner (Redakteur/Projektmanager), Telefon: 03641 - 82 12 35, E-Mail: d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de 

„Zeitlose Jahre“

Am 10. Dezember 2024 fand in Berlin in der Bundesstiftung für Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Buchpräsentation mit Lesung und anschließendem Gespräch statt. Es handelte sich um die Neuerscheinung des Buches „Zeitlose Jahre“. Die Herausgeberinnen Konstanze Helber, Carla Ottmann und Birgit Schlicke wollen die unterschiedlichen Formen der Gewalt an politisch Verfolgten nach 1945 bis 1989 an Einzelschicksalen sichtbar machen und gaben dem Buch den Untertitel „Frauen zwischen Repression und Freiheit in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR“. Es wurden aus vier Dekaden Berichte von 21 Frauen und einem Mann zusammengestellt, die mit ihren Einzelschicksalen die Vielfalt der Verfolgung zeigen und damit beispielhaft für so viele Menschen stehen.

Das Besondere an diesen Abend war die Lesung ausgewählter Texte durch die Schauspielerinnen Christel Leuner. Christel Leuner hat neben vielen Theaterrollen in der DDR und später auf vielen deutschen Bühnen auch immer wieder Hörspiele gesprochen. Sie war für die Lesung ein Glücksfall. Mit großer Empathie und in ihrer ruhigen, aber bestimmten Lesung waren die Zuhörer konzentriert dabei.

Diese wenigen Texte erzählen, wie Menschen nach 1945 in den Speziallagern verschwanden, das Warten und Suchen nach ihnen, warum sich Menschen zur Flucht entschieden, wie und mit welchen Folgen Zwangsaussiedlungen aus dem

.....
„Zeitlose Jahre“ ist beim Vergangenheitsverlag erschienen und kann im Buchhandel für 16,00 € erworben werden (ISBN:978-3-86408-327-3).

Grenzgebiet durchgeführt wurden, welchen Haftbedingungen die Betroffenen ausgesetzt waren. Sie erzählen von Verrat bei der Flucht, beim Tunnelbau, auch in der eigenen Familie, vom Lossagen der Eltern, vom Bangen der inhaftierten Frauen um ihre Kinder.

Diese Texte zu den Schicksalen der Kinder, die nichts entscheiden und meist auch nicht begreifen konnten was geschieht, sind besonders ergreifend. Der Text „Lagerkinder“ wurde für die unbekannte Zahl der in den Speziallagern geborenen Kinder, die eigentlich nicht existierten und damit keine Nahrung und keine Kleidung erhielten geschrieben. Wir wissen nicht, wie viele starben, wie viele es überhaupt betraf. Hier wird auch die Verharmlosung thematisiert: „... ihr wart ja auch noch Kinder, da kriegt man das ja nicht so mit.“

Die in den Texten geschilderte Trennung der Mütter von ihren Kindern war in all den Jahren ein Instrument, um die Frauen zu quälen, bis hin zu der hier geschilderten Zwangsadoption in der DDR. Aber auch Jugendliche kamen aus politischen Gründen in Haft. Sie erzählen, wie ihr ganzes Leben davon bestimmt ist. Nach der Wende ist es nicht vorbei. Das Lesen der Stasi-Akten führt zu neuen Erkenntnissen. Dazu gehört auch, dass die Stasi in der Bundesrepublik ehemalige DDR-Bürger bespitzelte. Der Dank aller Beteiligten gilt der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Förderung dieses Projektes.

Karin Leberwurst

Workuta, die weiße Hölle

Die SED-Diktatur verschleppte tausende ihrer eigenen Bürger. Wegen „Spionage“ oder „antisowjetischer Propaganda“ wurden Systemgegner verhaftet, gefoltert, in Züge verfrachtet und in die Sowjetunion deportiert. Das Buch berichtet über das vergessene Schicksal der Ostdeutschen in Workuta – eines der bekanntesten Arbeitslager im Gulag.

Workuta, die weiße Hölle. Deportation in den Gulag: Das vergessene Schicksal tausender Ostdeutscher. <https://apollo-news.net/workuta-die-weisse-hoelle/>

Rechercheempfehlung: Gulag-Zeitzeugenarchiv der Bundesstiftung Aufarbeitung <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/sowjetische-straft-und-arbeitslager-gulag/materialien>

„Der sterbliche Gott“

Der renommierte Historiker Jörg Baberowski präsentierte am 18. Dezember 2024 sein neues Buch „Der sterbliche Gott“ in der ersten Live-Ausgabe des erfolgreichen Videopodcasts „Was war der Kommunismus?“. Die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam mit dem C.H. Beck Verlag organisierte Veranstaltung wurde auf YouTube übertragen:
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/dersterblichegott

Mit profunder Sachkenntnis und erzählerischem Talent gelingt es Baberowski seit Herbst 2022 in der Reihe „Was war der Kommunismus?“, ein stetig wachsendes Publikum für Geschichte zu begeistern. Die zweimal wöchentlich erscheinenden Videopodcasts behandeln ein breites Themenspektrum: vom kommunistischen Habitus über die Aufarbeitung des Kommunismus im heutigen Russland bis hin zu den Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion.

Mit über 400.000 Aufrufen und 45 der 50 meistgesehenen Videos im YouTube-Kanal der Stiftung verzeichnet die Reihe eine bemerkenswerte Resonanz:
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/waswarderkommunismus

In seinem neuen Buch zeichnet Baberowski ein eindrückliches Bild vom Zerfall des Zarenreichs. Die Agonie der Autokratie, geprägt von Hunger, sozialen Unruhen und gescheiterten Reformen, bereitet den Boden für die Revolutionen von 1917 und den Aufstieg der Bolschewiki. Dabei zeigt Baberowski auf, dass der Übergang von der zaristischen Autokratie zur bolschewistischen Herrschaft nicht nur Brüche, sondern auch bemerkenswerte Kontinuitäten in Macht, Gewalt und Kontrolle aufweist.

Unsere aktuelle Ausstellung „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit kompakt“:
<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/friedliche-revolution-deutsche-einheit-kompakt>

Spendenaufruf UOKG

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG, ich möchte Sie heute erneut bitten, sofern es Ihnen möglich sein sollte, die UOKG mit einer Spende zu unterstützen. Wie Ihnen bekannt ist, wird die UOKG zwar von Bund und Land unterstützt. Auch die Verbände und Initiativen, die sich der UOKG angeschlossen haben, leisten ihren bestmöglichen Beitrag, ebenso wie unsere Fördermitglieder.

Trotz allem sind wir darüber hinaus auch weiterhin auf Ihre Hilfe angewiesen, um etwa die fälligen Eigenanteile bei gestellten Projektförderanträgen stemmen zu können. Auch die weitere Recherche im Rahmen des Themas Zwangsarbeit gehört zu den kostenintensiven Ausgaben.

Ich bedanke mich im voraus sehr herzlich bei allen Spendern, wünsche Ihnen schöne Weihnachten im Kreis Ihrer Liebsten, einen guten Rutsch ins neue Jahr sowie eine angenehme Lektüre unserer Verbandszeitschrift „Stacheldraht“. Spender können nachfolgend im Stacheldraht veröffentlicht werden.

Mit freundschaftlichen Grüßen
 Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ **BIC** _____

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e U O K G

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____ **08**

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Art.-Nr.: 113 360 423 100

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
 Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Hinweise und Korrekturen

Korrektur zum Beitrag „Wichtige Zeitzeugenarbeit – bekennen, vergeben, versöhnen!“ in Ausgabe 9/24, S. 7: Hier heißt es „Wolfgang Lehmann, inzwischen 90 Jahre alt,... Richtig ist, Herr Lehmann ist inzwischen stolze 95 Jahre alt. Um so größer ist die Wertschätzung für sein unermüdliches Engagement. Danke, Herr Lehmann, für diesen freundlichen Hinweis.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

ABONNENTEN können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **REDAKTIONSADRESSE E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de**

KONTO STACHELDRAHT

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE330303

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Emailadresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an wochenrueckblick@uokg.de**. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet: <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>**

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Newsletter der UOKG: <https://www.uokg.de/thema/aktuelles/mitteilungen/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE


X: www.x.com/uokgev

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Verschleppt- verbannt – verschwunden!

Das neue Buch im Mitteldeutschen Verlag erinnert an die Lebensgeschichte von Bodo Platt. 94-Jährig lebt er heute in Baden-Württemberg und sorgt sich, ob sich Geschichte wiederholt. Vgl. Besprechung im Stacheldraht 8/24. Besprechung von Sebastian Beutler, 26.12.2024 in Sächsische Zeitung.de: <https://www.saechsische.de/lokales/goerlitz-ik/goerlitz/von-goerlitz-ins-gulag-eine-gestohlene-jugend-W4TQP3F-VWRF6LCYIWKBRHAOR4E.html>

Grit Poppe, Niklas Poppe: verschleppt – verbannt – verschwunden. Deutsche Kriegsjugend in Stalins Lagern und Gefängnissen. Mitteldeutscher Verlag Halle 2024, ISBN: 978-3963119156. 

Wir dulden noch viel zu viel...

Als ehemaliger Jenaer kennt der Rezensent die beschriebenen historischen Ereignisse aus eigener Erfahrung und befindet sich daher in einer Doppelrolle als Zeitzeuge und Historiker, verbunden mit dem Anspruch auf fachlich gebotene Distanz. Auch die Handelnden in den verschiedenen damaligen Kreisen und Netzwerken kennt er, war mit vielen teils eng befreundet, inkl. persönlicher IM-Geschichte, Verrat und Verlust. Insofern musste das Buch brennend interessieren. Gibt es neue Erkenntnisse, Aspekte, die der historisch-fachlichen Aufarbeitung bisher verborgen blieben?

Es erwartet den Leser ein sehr guter Schreibstil, der die Ereignisse verständlich nachvollzieht. Die dokumentarische Einbindung von Quellen sowie die Kontextualisierung ergänzen und geben insgesamt ein informatives und eben quellengestütztes Konvolut. Das Buch erweitert den bisherigen Stand der Erkenntnisse über die damaligen Ereignisse hinaus aus der Binnenperspektive der Autorin. Ihre Geschichte dahinter ist eine sehr persönliche. Sie steht auch beispielhaft für die Handlungsoptionen des repressiven SED-Apparates und seines Scheiterns. Das regt zum Nachdenken an und fordert zum Diskutieren geradezu heraus.

Hilfreich sind die Hinweise auf bisherige Literatur zum Thema sowie die Einord-

nung der Autorin, dass die Bedeutung der Ausreisebewegung im öffentlichen Diskurs inzwischen völlig ausgeblendet ist. Das ist jedoch nicht neu. Dass die Autorin mit ihrer dramatischen Geschichte das Thema der Rolle der Ausgereisten für die mindestens mittragende Erosion des SED-Regimes erneut aufgreift ist gut und gehört unbedingt in die Öffentlichkeit, ob bei Lesungen oder in der politischen Bildung allgemein. Besonders gelungen ist, dass die Autorin das „Arbeiten und Scheitern des MfS“ sowie seine perfiden Methoden detailliert herausarbeitet, was allerdings aus der damaligen Perspektive keineswegs klar oder eindeutig war.

Problematisch findet der Rezensent die zuweilen allzu starken Analogien mit Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse damals und heute. Aus subjektiver Sicht ist das berechtigt, überzeichnet aber schon mal aus der Nachbetrachtung. Es kreiert ein eigenes moralisches Bild von einer Gegenwart, die letztlich persönlicher Wahrnehmung unterliegt. Es fällt schwer, die aus der Repressionsgeschichte hergeleitete Komplexität der Gegenwart zu verstehen.

Neben der historischen Einordnung und Bewertung sind und bleiben die Erfahrungsmomente Betroffener ein wichtiger Aspekt im notwendigen Austausch zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es sind ja

gerade die persönlichen Erfahrungen, die Diskussionen vorantreiben können. Der Autorin gehört, wie vielen anderen Autoren aus dem Kreis repressiv Verfolgter in der SED-Diktatur, daher großer Dank und mein Respekt davor, dass Sie sich der Aufgabe, ihre persönliche Geschichte aufzuarbeiten und öffentlich zu machen, gestellt hat und weiterhin stellen wird im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen und Begegnungen.

Literaturhinweis: Henning Pietzsch: Der „Weiße Kreis“ in Jena..., in Ansorg, Gehrke, Klein, Kneipp Hg.: Das Land ist still – noch! S. 291. 🇩🇪

.....
 Monika Lembke: *Wir dulden noch viel zu viel... Der Weiße Kreis – ein stiller Protest, der in die Freiheit führte*, Paramon-Verlag 2024, 216 Seiten, ISBN-13: 978-3038309147



ZEITZEUGEN GESUCHT!

Wer kann über die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze im Sommer 1952 berichten?

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sucht Menschen, die die sogenannte „**Aktion Ungeziefer**“ an der sächsisch-bayerischen Grenze im Juni 1952 miterlebt haben und über Aktivitäten im Umfeld dieser Ereignisse sprechen möchten.

Waren Sie unmittelbar davon betroffen und mussten Ihre Heimat als Erwachsener oder als Kind verlassen? Waren Sie von staatlicher Seite an der Aktion beteiligt oder haben als Nachbar etwas von den Zwangsaussiedlungen mitbekommen? Vielleicht haben Sie auch einen Hof oder Ländereien treuhänderisch übernommen oder gekauft? Uns helfen auch kleine Details, um die damaligen

Geschehnisse besser rekonstruieren zu können.

Ihre Berichte fließen in ein Rechercheprojekt, das erstmals die Zwangsaussiedlungen in den früheren DDR-Kreisen Oelsnitz und Plauen-Land systematisch untersucht.

Besonders wichtig ist uns, jene Erfahrungen zu hören und zu Gehör zu bringen, die bisher kaum öffentliche Aufmerksamkeit bekommen haben. Alle Gespräche verlaufen vertraulich, die Namen können auf Wunsch anonym bleiben.

Wir suchen zudem Dokumente und weiterführende Informationen, die helfen, die Zwangsaussiedlungen begreifbar zu machen.

Kontakt: Steffi Unger
 Tel.: +49 (0)351 493 3708
 steffi.unger@slt.sachsen.de 🇩🇪

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
 10365 Berlin Lichtenberg
 U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

KONTAKT + ÖFFNUNGSZEITEN

Tel 030 55 77 93 51
 Fax 030 55 77 93 40
 E-Mail info@uokg.de
 Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>
 Montag bis Mittwoch 10.00–16.00 Uhr
 Donnerstag und Freitag 10.00–14.00 Uhr

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
 (DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
 Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
 Persönliche Termine nach Absprache
 E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychosoziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
 ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
 Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben: Im Jahr 2024 spendeten für den Stacheldraht 2.747 Leser und Unterstützer rund 8.300 €. Leider können wir aus Datenschutzgründen die Namen der Spender nicht mehr veröffentlichen. Aktuell erreichen wir ca. 6.000 Leser.

Zitat

Hälfte des Lebens

Mit gelben Birnen hängt
Und voll mit wilden Rosen
Das Land in den See,
Ihr holden Schwäne,
Und trunken von Küssen
Tunkt ihr das Haupt
Ins heilignüchterne Wasser.

Weh mir, wo nehm' ich, wenn
Es Winter ist, die Blumen, und wo
Den Sonnenschein,
Und Schatten der Erde?
Die Mauern steh
Sprachlos und kalt, im Winde
Klirren die Fahnen.

Hälfte des Lebens ist eines der berühmtesten Gedichte von Friedrich Hölderlin. Es erschien zuerst im Jahr 1804 in Friedrich Wilmans Taschenbuch für das Jahr 1805. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/H%C3%A4lfte_des_Lebens

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 1/25: 24. Januar 2025
Redaktionsschluss Ausgabe 2/25: 21. Februar 2025

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

